

Das Autonomiestatut der Balearischen Inseln

Übersetzung
Josep Moll Marquès



GOVERN DE LES ILLES BALEARS

Conselleria de Presidència
Institut d'Estudis Autònoms

Ausgabe: Februar 2001

© Übersetzung ins Deutsche:

Josep Moll Marquès

© Übersetzung ins Katalanische:

Aina Montaner Rotger

Juristische Beratung:

Núria Garcia Canals

© Ausgabe:

Conselleria de Presidència

Govern de les Illes Balears

Pl. de la Drassana, 4 –07012 Palma

Dipòsit legal: PM-404-2001

Druck: Gràfiques Rubines

INHALTSVERZEICHNIS

VORSTELLUNG	5
BEMERKUNG DES ÜBERSETZERS	8
EINIGE ANGABEN ÜBER DIE BALEARISCHEN INSELN	10
NOTIZEN ÜBER ALLGEMEINE UND ANTHROPOGEOGRAPHIE	10
ABRISS DER GESCHICHTE DER BALEAREN	15
DAS STATUT, GRUNDLAGE DER SELBSTREGIERUNG DER BALEARISCHEN INSELN	21
DAS AUTONOMIESTATUT DER BALEARISCHEN INSELN	25
PRÄAMBEL	25
ERSTER ABSCHNITT:ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	25
ZWEITER ABSCHNIT VON DEN ZUSTÄNDIGKEITEN DER AUTONOMEN GEMEINSCHAFT DER BALEARISCHEN INSELN	28
DRITTER ABSCHNIT VON DEN INSTITUTIONEN DER AUTONOMEN GEMEINSCHAFT DER BALEARISCHEN INSELN.....	35
Kapitel I- Das Parlament	35
Kapitel II- Der Präsident	39
Kapitel III- Die Regierung der Balearischen Inseln	41
Kapitel IV- Die Inselräte	42
Kapitel V- Konsutations- und Beratungsorgane	45
Kapitel VI- Öffentliche Verwaltung der Balearischen Inseln	46
Kapitel VII- Die Kontrolle der Gewalten der Autonomen Gemeinschaft	46
Kapitel VIII- Rechtsnormen der Autonomen Gemeinschaft	47

Vierter Abschnitt – Der Aufbau der Gerichte	48
Abschnitt Fünf – Finanzverwaltung, Vermögen und Wirtschaft.....	50
Abschnitt Sechs – Die Reform des Statuts	57
Zusatzbestimmungen	57
Übergangsbestimmungen	59
Schlussbestimmung	61
Anhang I- Katalanische Fassung des Autonomiestatuts	63
Anhang II- Spanische Fassung des Autonomiestatuts	87

VORSTELLUNG

Nach der katalanischen Eroberung im 13. Jahrhundert hatten die Balearischen Inseln ein System der Selbstregierung. Die eigenen Institutionen haben in dem Volk der verschiedenen Inseln so tiefe Wurzeln geschlagen, dass sie sich mit einigen Änderungen beinahe fünf Jahrhunderte lang hielten. Die Balearischen Inseln waren Bestandteil der pluralistischen Systeme, die die Krone Aragoniens und die spanische Monarchie der Habsburger bildeten, bis Philipp V. mit dem Dekret von "Nova Planta" eine umwälzende Änderung im institutionellen System durchführte, die eine zentralistische Konzeption beinhaltete und die grundlegenden Züge der politischen, kulturellen und sprachlichen Identität der Balearischen Inseln beseitigte.

Während des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wechselten sich die zentralistische und die dezentralisierende Konzeption des Staates je nach der jeweiligen Regierung ab, bis dann im Jahre 1936 der Bürgerkrieg ausbrach und die Franco-Diktatur (1939-1975) ihren Anfang nahm, die durch die Negierung der demokratischen Freiheiten und der Selbstregierung der Territorien gekennzeichnet war. Nach dem Franco-Regime begann der Übergang zu einer neuen Staatsform, die notwendigerweise demokratisch und dezentralistisch sein sollte. Beide Ziele wurden schliesslich durch die Verfassung von 1978 verwirklicht, die nicht nur die demokratischen Rechte wiedereinsetzte, sondern auch den sogenannten Staat der Autonomien entwarf. In diesem Rahmen wurden die Autonomiestatuten der sieben autonomen Gemeinschaften erarbeitet, die den neuen Staat bilden.

Obwohl sie der Form nach staatliche Gesetze sind, bilden die Autonomiestatuten so etwas wie die Verfassungen der verschiedenen autonomen Gemeinschaften, die die Grundsätze ihres administrativen und institutionellen Aufbaus sowie den Grad der Selbstregierung und die Aufzählung der vom Staat übernommenen Zuständigkeiten enthalten. Im Falle der Balearischen Inseln ist die Verabschiedung des Autonomiestatuts im Jahre 1983 - gefolgt gleich darauf von der demokratischen Wahl des Parlaments, der Investitur des Präsidenten und der Ernennung der Regierung der Balearischen Inseln - ein grundlegender historischer Meilenstein. Das Autonomiestatut ist ausserdem ein dynamisches, in ständiger Entwicklung begriffenes Element, wie die Reformen von 1994 und 1999 beweisen, die die Zuständigkeiten der autonomen Regierung wesentlich erweiterten.

Die Balearischen Inseln haben den im Autonomiestatut festgelegten Entwicklungsprozess vorangebracht, und seit dessen Inkrafttreten haben sie die Selbstverwaltungsinstitutionen nach und nach gefestigt. Das institutionelle System

der Balearischen Inseln hat außerdem einige charakteristischen Merkmale, die es von den Systemen der übrigen autonomen Gemeinschaften unterscheiden, wie zum Beispiel die Selbstverwaltungskompetenz jeder Insel durch die Inselräte von Mallorca, Menorca und Eivissa und Formentera, die im Jahre 1978 nach der Abschaffung der *Diputación Provincial de Baleares* (1812-1979) geschaffen wurden. Die Geldmittel und die Eigenkompetenzen haben zugenommen. Die kulturelle und sprachliche Wiederbelebung, die Raumordnung, das soziale Gleichgewicht, das vollständige und qualitativ hochstehende Unterrichtswesen, die Entwicklung einer produktiven und haltbaren Wirtschaft, usw., sind nunmehr die Prioritäten für die Institutionen der Balearischen Inseln.

Die Kenntnis der Normen, selbst durch die ausländischen Mitbürger und durch die europäischen Organe und Institutionen, die mit unseren Inseln Kontakt halten, ist eines der Elemente, die das Bewusstsein der Selbstregierung stärken. Mit dieser Absicht hat das Landesministerium des Präsidentschaftsamtes der Regierung der Balearischen Inseln es unternommen, durch das Institut für Autonomiefragen (*Institut d'Estudis Autònoms*) die Übersetzung des Autonomiestatuts in verschiedene Sprachen herauszugeben. Es gibt gewichtige Gründe, die dafür sprechen, die Übersetzung zunächst ins Deutsche - und gleichzeitig ins Englische - zu machen. Diese Übersetzung entspricht nämlich der dringenden Notwendigkeit, das Autonomiestatut dem stärksten Kontingent von europäischen Mitbürgern auf den Balearischen Inseln zur Kenntnis zu bringen, ganz abgesehen davon, dass Deutsch die Sprache der mit Abstand größten Bevölkerungsgruppe in der Europäischen Union ist.

Die Besonderheiten der Kultur und des politischen Systems der Balearischen Inseln machen es außerdem erforderlich, dieser Ausgabe eine geografische, historische und juristische Einführung hinzuzufügen. Die Texte des Autonomiestatuts in katalanischer und spanischer Sprache sowie einige nützliche Bemerkungen vervollständigen das Buch.

Eine Demokratie kann nur gefestigt werden, wenn die Gesetze und die Institutionen in der Gesellschaft Wurzeln geschlagen haben, und die Gesellschaft wiederum kann sich nur das aneignen, was sie kennt. Bis heute ist das Autonomiestatut verhältnismäßig gut bekannt unter den Politikern und den Juristen. Die Unkenntnis ist größer unter den Bürgern der Balearen, sie verstärkt sich unter den europäischen Mitbürgern und ist fast vollständig unter den aus Ländern stammenden Bürgern, die nicht der EU angehören. Sie alle leben in unserer Gesellschaft zusammen, und sie alle ohne Unterschied oder Ausnahme sind von der Tätigkeit der Behörden und der Verwaltung gleichermaßen betroffen.

Aus all diesen Gründen ist es richtig, dass ihnen allen die Kenntnis des Autonomiestatuts zugänglich gemacht wird.

ANTONI GARCIA I COLL
Landesminister des Präsidenschaftsamtes der
Landesregierung der Balearischen Inseln

BEMERKUNG DES ÜBERSETZERS

Die vorliegende Übersetzung ins Deutsche des Autonomiestatuts der Balearischen Inseln ist keine kritische Übersetzung und verfolgt nur das Ziel, den interessierten Lesern deutscher Muttersprache die Kenntnis des institutionellen Aufbaus unserer autonomen Gemeinschaft zu ermöglichen. Dennoch sind sicher zum besseren Verständnis des institutionellen und politischen Zusammenhangs folgende Erläuterungen ratsam:

1. Die offizielle und eigentlich allein gültige Bezeichnung der autonomen Gemeinschaft ist *Illes Balears*, in katalanischer Sprache. Dennoch haben wir diese wie andere Bezeichnungen übersetzt, um Verwirrung zu vermeiden.

2. Das *Butlletí Oficial de les Illes Balears* ist das amtliche Gesetzblatt der autonomen Gemeinschaft.

3. Das *Boletín Oficial del Estado* ist das amtliche Gesetzblatt der spanischen Zentralregierung.

4. Die *Cortes Generales* sind die zwei Kammern des spanischen Parlaments, *Congreso de los Diputados* (Abgeordnetenversammlung) und *Senado* (Senat). Der Senat ist jedoch nicht, wie etwa der Bundesrat in der Bundesrepublik Deutschland, eine Vertretung der Bundesländer (in unserem Fall der autonomen Gemeinschaften), sondern praktisch nur eine Kammer der zweiten Lesung. Alle Gesetze müssen von beiden Kammern in getrennter Abstimmung und nach eigener Debatte verabschiedet werden. Deswegen haben wir für *Cortes Generales* die Übersetzung *Staatsparlament* gewählt, im Unterschied zum Landesparlament oder einfach Parlament als Bezeichnung für die gesetzgebende Versammlung der autonomen Gemeinschaften.

6. Ein *organisches Gesetz* (spanisch *Ley Orgánica*) ist ein Gesetz, das zur Grundsatzgesetzgebung des Staates gehört. Für seine Verabschiedung ist die absolute Mehrheit der Stimmen im Staatsparlament notwendig. Nicht zu verwechseln mit einem Rahmen- oder Mantelgesetz, das nur allgemeine Richtlinien enthält, die dann durch die Ländergesetzgebung ergänzt und konkretisiert werden.

7. Die *Consellers* entsprechen den Landesministern der Bundesländer. Praktisch alle autonomen Gemeinschaften haben dafür die Bezeichnung *Consejero* übernommen (gallizisch *Conselleiro*, katalanisch, also in Katalonien, Valencia und den Balearischen Inseln, *Conseller*). In unserem Fall kann es verwirrend sein, dass alle Mitglieder der Inselräte (*Consells Insulars*) auch *Consellers* genannt werden.

8. Die *Inselräte* (*Consells Insulars*) sind die Nachfolgeinstitutionen der *Diputación Provincial* aus der Zeit des zentralistischen Staatsaufbaus. Sie war für

die ganze "Provinz" der Balearen zuständig, während die Inselräte nur jeweils für die einzelnen Inseln Mallorca, Menorca bzw. Eivissa und Formentera zuständig sind. Sie sind also im Prinzip nur eine überkommunale Verwaltung, ähnlich wie ein Kreistag oder Landratsamt in der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem Autonomiestatut sind sie jedoch befugt, Zuständigkeiten der autonomen Landesregierung zu übernehmen und praktisch als die Regierung der einzelnen Inseln zu wirken.

JOSEP MOLL MARQUÈS

EINIGE ANGABEN ÜBER DIE BALEARISCHEN INSELN

NOTIZEN ÜBER ALLGEMEINE UND ANTHROPOGEOGRAPHIE

Die Balearischen Inseln sind ein Archipel des westlichen Mittelmeers mit einer Gesamtfläche von 5.014 Quadratkilometer und 1.238,9 Kilometer Küstenlinie. Ihr nördlichster Punkt liegt in der Insel dels Porros (Menorca) in 40° 05' 39" nördlicher Breite und der südlichste am Kap Barbaria (Formentera) in 38° 38' 25" nördlicher Breite. Das östliche Ende liegt am Kap Esperó (Menorca) in 04° 19' 38" östlicher Länge und das westlichste im Eiland Es Vedrà (Eivissa) in 01° 11' 16" östlicher Länge. Die höchste Erhebung ist der Puig Major (Mallorca) mit 1.443 Meter. Sie haben 801.569 Einwohner (1999).

Das Archipel der Balearischen Inseln besteht eigentlich aus zwei Inselgruppen. Einerseits die eigentlichen Balearischen Inseln, die die Inseln Mallorca und Menorca und einige anderen, kleineren umfassen. Andererseits die Pithyusen mit Eivissa und Formentera sowie anderen kleineren Inseln und Eilanden. Der lateinische Name *Baleares* bezeichnete ursprünglich nur die eigentlichen Balearen (Mallorca und Menorca), setzte sich aber letztlich als Bezeichnung für das ganze Archipel durch. Der Name Pithyusen für Eivissa und Formentera findet innerhalb der Balearischen Inseln weiter Verwendung als Bezeichnung für ein Subarchipel mit starken Unterscheidungsmerkmalen.

Das Archipel der Balearischen Inseln besteht aus drei größeren Inseln: Mallorca (3.640 qkm), Menorca (701 qkm) und Eivissa (541 qkm); den zwei kleineren Inseln Formentera (82 qkm) und Cabrera (15 qkm); und zahlreichen kleinen Inseln und Eilanden, unter denen die des Subarchipels von Cabrera, Sa Dragonera und Es Vedrà hervorzuheben sind. Die 5.014 qkm des Archipels sind also sehr ungleich verteilt: Mallorca hat 72,6 % der Fläche, Menorca 14 %, Eivissa 10,8 %, Formentera 1,6 %, Cabrera 0,3 % und die restlichen Inselchen und Eilande 0,7 %. Der territorialen Ungleichheit entspricht auch der demographische Unterschied. Die 801.569 Einwohner der Balearischen Inseln (1999) verteilen sich auf Mallorca mit 638.874, Menorca mit 70.206, Eivissa mit 86.289 und Formentera mit 6.200 Einwohnern.

Im westlichen Mittelmeer sind die Balearischen Inseln mit ihren 5.014 qkm klein im Vergleich zu Sizilien (25.426 qkm), Sardinien (23.813 qkm) und Korsika (8.681 qkm). Was aber die Einwohnerzahl angeht, so übertreffen die Balearen die Insel Korsika bei weitem und haben eine dreimal so große Bevölkerungsdichte wie Sardinien. Die Gruppe der Balearen ist um eine Achse angeordnet, die vom

Südwesten (Eivissa) zum Nordosten (Menorca) verläuft und in einem Kreis von 150 Kilometer Durchmesser mit dem Mittelpunkt in Palma eingerahmt ist.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob die Balearischen Inseln *“die am meisten isolierten Inseln des Mittelmeers“* sind. Aber nur 91 Kilometer trennen die Küste von Eivissa von der Festlandküste in Alicante. Dagegen sind die Entfernungen innerhalb des Archipels beträchtlich: 83 Kilometer zwischen Eivissa und Mallorca und 38 Kilometer zwischen Menorca und Mallorca. Der ganze Bereich der Balearischen Inseln liegt unter dem Meereseinfluss, denn kein Punkt des Inselterritoriums ist mehr als 30 Kilometer von der Küste entfernt.

Nach ihrer Struktur sind die Balearischen Inseln das Auftauchen einer unterseeischen Plattform, die eine Fortsetzung der andalusischen Bergkette ist. Sie bildete sich mit der alpinen Faltung, und ist also ein junges Gebirge, das die tektonische Struktur zeigt, die sie gebildet hat. Im ganzen gesehen ist das Relief der Balearischen Inseln sehr abwechslungsreich. In Menorca stehen sich die alten Erhebungen einer Nordzone mit kleinen Hügeln, wo der höchste Punkt der Insel in El Toro (358 m) erreicht wird, und die südliche Kalkplattform gegenüber, die von Schluchten durchfurcht ist und eine Küste mit vielen Buchten bildet. Eivissa ist von sanften Hügeln bedeckt, mit der Talaiassa (475 m) als höchste Erhebung. Formentera gestaltet sich als eine Plattform fast ohne Höhen, die an der Mola (192 m) gipfelt und genauso wie Menorca allen Winden ausgesetzt ist.

Die größte Abwechslung bietet das Relief auf Mallorca. Die große Gebirgskette Serra de Tramuntana verläuft parallel zur Nordküste. Mit 90 Kilometer Länge und 15 Kilometer Durchschnittsbreite nimmt sie eine Fläche von 1.067 qkm ein und stellt 29,31 % des Gebiets Mallorcas dar. Sie hat zahlreiche Gipfel über 1000 Meter Höhe, wobei die höchste Erhebung der Puig Major (1.443 m) ist. Am Fusse der Serra de Tramuntana befindet sich die mit sanften Hügeln bedeckte Gegend des Raiguer, wo die Ortschaften angesiedelt sind. Die Ebene (el Pla) nimmt die Zentralzone von Mallorca ein. Das Massiv von Randa (549 m) trennt sie vom südlichen Teil (el Migjorn), bestehend aus der Plattform von Lluçmajor, die zwischen den beiden Becken von Palma und Campos liegt. Im Osten dehnen sich die Serres de Llevant, die östlichen Bergketten, die in der Talaia Freda de Son Morell (562 m) gipfeln.

Die Küste der Balearen ist ebenfalls sehr abwechslungsreich. Die Steilküste herrscht im Norden Mallorcas, im nordwestlichen Eivissa, an der Mola von Formentera und fast an der ganzen Küste Menorcas vor. Die Sand- oder Geröllstrände befinden sich am Ende der Einbuchtungen oder bilden große Sandflächen wie Es Trenc, den Strand von Palma, die Strände von Migjorn in Formentera und Menorca oder die Platja d'en Bossa in Eivissa.

Die Balearischen Inseln liegen völlig im Bereich des Mittelmeerklimas. Die Jahresdurchschnittstemperatur liegt um die 17° und schwankt zwischen den höchsten Durchschnittstemperaturen im August (25°) und den niedrigsten im Januar (11°). Es herrschen die Nordwinde (Tramuntana) vor, die zusammen mit den Ost- (Llevant) und Südwestwinden (Llebeig) den Regen bringen. Im Gegensatz dazu bringt der Südostwind (Xaloc) die heisse und trockene Luft der Saharawüste. Die Mannigfaltigkeit und Zerstreuung der Balearischen Inseln erzeugen eine große Vielfalt innerhalb des Mittelmeerklimas. Die Temperaturen steigen von Norden nach Süden, und gleichzeitig nimmt die Regenmenge in gleicher Richtung ab (600 mm in Maó und 384 mm in Formentera). In Mallorca wirkt die Serra de Tramuntana als Schirm und bewirkt Regenmengen, die die 1.400 mm erreichen, während im Süden der Insel starke Dürre (347 mm in Ses Salines) herrscht.

Die Regenarmut und das schnelle Versickern des Wassers in den Karstformationen sind der Grund, warum es auf den Balearischen Inseln keine Flüsse gibt. Das Wasser wird durch ein Netz von Sturzbächen von sehr unregelmäßigem Wasserreichtum abgeführt. Das Grundwasser wird durch Quellen und Brunnen gewonnen. Aber die massive Ausschöpfung hat den Grundwasserspiegel so stark gesenkt, dass an verschiedenen Küstengebieten das Grundwasser versalzt ist.

Der vorherrschende Boden auf den Balearischen Inseln ist die rote Erde (*call vermell* oder *terra rossa*). Die Verbindung von Klima und Boden bedingt das Gedeihen der 1.820 Pflanzenarten, die wir auf dem Archipel vorfinden, worunter zahlreiche Endemismen herausragen. Der Eichenwald und die ihm begleitenden Sträucher stellen die genuinste Formation in Mallorca und Menorca. In Eivissa und Formentera ist es der Pinienwald (*pinus halepensis*). Besonders zu erwähnen ist die Eigenart der Vegetation in den Küsten- und feuchten Gebieten (Albuferes).

Der Name Balearische Inseln bezeichnet einen Bündel von sehr unterschiedlichen Inselwelten. Und auch die Gegensätze innerhalb einer Insel können sehr stark sein. In Menorca steht einem adligen Ciutadella, das von Großgrundbesitz umgeben ist, die Handelsmetropole Maó mit kleinem Grundbesitz gegenüber. Ausserdem stand die Insel während des 18. Jahrhunderts unter britischer Herrschaft. Es konnte sich dort eine bemerkenswerte Aufklärungsbewegung entfalten, die die literarische Pflege der katalanischen Sprache aufrechterhielt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erreichten Handel und Industrie ein Übergewicht in der menorquinischen Wirtschaft. Als der Massentourismus kam, hatte er in Menorca einen viel kleineren Anteil als in

Mallorca und Eivissa. Die Einwanderung hat dort ebenfalls einen viel kleineren Einfluss, und die starke Urbanisierung ist nur auf wenige, genau eingegrenzte Gebiete beschränkt.

Mallorca ist geprägt durch das Vorhandensein einer Agrarwelt, in der der Großgrundbesitz vorherrscht. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verstärkte sich die Wirtschaftstätigkeit mit der Verbesserung des Seetransports, die eine Zunahme des Handelsausstausches ermöglichte. Innerhalb der Insel wurde das Wegenetz verbessert und Eisenbahnlinien angelegt. Das Ungleichgewicht zwischen Wirtschaftswachstum und Bevölkerungszunahme zwang jedoch zu einer massiven Auswanderung. Bis 1960 war Mallorca ein Auswandererland. Der Massentourismus brachte eine radikale Wende in jeder Hinsicht. Die Einwanderung wurde zu einem Massenphänomen und verwandelte ganze Stadtteile von Palma in Einwanderereilande.

Im 16. und 17. Jahrhundert hatte die stets drohende Gefahr von maurischen Pirateneinfällen dazu gezwungen, die Ortschaften Mallorcas in einiger Entfernung der Küste anzusiedeln. Nur hinter starken Stadtmauern - wie in Palma und Alcúdia - war es möglich, in der Nähe der gefährlichen See zu leben. Der Tourismus brachte für die Mallorquiner den Marsch zur Küste. Die menschlichen Wüsten, die die Buschwälder, die Sumpfbereiche, die Dünen und selbst die Steilküste früher darstellten, verwandelten sich in eine zunehmende Besetzung mit touristischen Bauten und Einrichtungen aller Art. Eine wahrhaft historische Wende setzte ein, die die Landschaft Mallorcas von Grund auf umkrempele.

In Eivissa und Formentera bedeutete der Massentourismus auch ein plötzlicher Bruch mit der Vergangenheit. Eine Gesellschaft, die weder die ausgeglichene Struktur Menorcas noch die räumliche Weite Mallorcas hatte, wurde einer beschleunigten Umwandlung unterzogen. Die Bevölkerung lebte zerstreut, und die Pfarrei war ihr Bindeglied. Der Massentourismus ließ auch dort Küstensiedlungen entstehen, beschleunigte aber gleichzeitig die *Landschaftszersiedlung*. Ohne wirkungsvolle Instrumente, um eine zunehmende Einwanderung zu integrieren, stehen Eivissa und Formentera vor der Herausforderung, das Risiko einer nichtstrukturierteren Gesellschaft zu meistern.

An der Schwelle des 21. Jahrhunderts erscheinen die Balearischen Inseln als ein Musterbeispiel der Chancen, aber auch der Gefahren, die sich für die Inseln des Mittelmeers in einer Welt auftun, in der der Wirtschaftsaustausch und die Wanderbewegungen ein neues, ebenso anregendes wie besorgniserregendes Szenario zeichnen. Die prekären Naturressourcen, der Bevölkerungswachstum, die übermäßige Zersiedlung, die kulturellen Veränderungen..., das alles sind

Herausforderungen, denen die Institutionen der Balearischen Inseln sich stellen müssen. Der Weg in die Zukunft jedoch wird nur durch eine integrierte Aktion gewährleistet, die gleichzeitig auf den Institutionen und auf der Zivilgesellschaft aufbaut.

DAMIÀ FERRÀ-PONÇ

ABRISS DER GESCHICHTE DER BALEAREN

Infolge des touristischen Booms, der in den 50er Jahren begann, haben die Balearischen Inseln eine tiefgreifende Umwandlung erfahren. Heute sind sie allgemein bekannt als einen Ort von besonderem landschaftlichem Reiz, durch ihr Freizeitangebot, wegen der Sonne und wegen so vieler anderen Dinge wie ihres kulturellen Erbes, die sie für den Besucher als besonders interessant erscheinen lassen. Trotzdem werden sie von außerhalb nicht immer als eine Einheit angesehen, weder geographisch noch verwaltungsmäßig. Im allgemeinen kennt man sie als Eivissa, Menorca oder Mallorca, als voneinander völlig unterschiedliche Orte.

Selbst unter den Einwohnern der Balearischen Inseln bezeichnen sich nur die allerwenigsten außerhalb des Archipels als "Balearen". Vielmehr identifizieren sich die meisten mit ihrer Ursprunginsel und fühlen sich als Mallorquiner, Menorquiner, *Eivissencs* oder *Formenterers*. Im Laufe der Jahrhunderte hat man die Balearischen Inseln als geographisch-physische Einheit betrachtet, aber ihre Bewohner sind nicht immer Teil derselben politischen Einheit gewesen und haben auch nicht immer zum gleichen Staat gehört. Eigentlich ist das Kollektivverständnis zwischen den Inseln sehr schwach ausgeprägt, und in der Volksseele ist die Bezeichnung *Balear*, im Gegensatz zur Beliebtheit der auf jede Insel bezogenen Bezeichnung, nicht sehr stark verwurzelt.

Andererseits muss man hervorheben, dass die Balearischen Inseln seit der katalanischen Eroberung im 13. Jahrhundert das Katalanische als eigene Sprache haben, wenn auch mit eigenen Mundartvarianten in Bezug auf die übrigen Gebiete des katalanischen Sprachraums. Ihre strategische Lage im Mittelmeer ist ohne Zweifel einer der historischen Gründe, die diese Inseln seit prähistorischen Zeiten und zumindest bis zum Ende der Moderne zu einem Treffpunkt verschiedener Kulturen und von wirtschaftlichen und politischen Interessen gemacht haben.

Es lohnt sich deshalb, die Entwicklung dieser Inseln bis zum Inkrafttreten des am 26. Januar 1983 von der Abgeordnetenversammlung in Madrid verabschiedeten Autonomiestatuts zu verfolgen. Dieses Ereignis im Rahmen der Verfassung des jetzigen spanischen Staates hat auf der politischen Ebene die Strukturierung in autonomen Gemeinschaften und die Rückbesinnung auf die eigenen Identitätsmerkmale ermöglicht, die sich von denen der anderen Gebiete des Staates klar unterscheiden.

Die Ankunft des Menschen auf die Balearen erfolgte in der Jungsteinzeit, zwischen 7000 und 3000 v.Chr., und die ersten Zeichen von kollektivem menschlichem Leben lassen sich zwischen 3000 und 1400 v.Chr. feststellen. Es ist die Zeit, die als vortalaiotisch bezeichnet wird. Mallorca und Menorca haben eine gemein-

same talaiotische Kultur, wenn auch mit Nuancen und manchmal unterschiedlichen Überresten, die kulturellen Austausch und Verwandtschaft bezeugen. Die bedeutendste Periode der talaiotischen Zeit sind die Jahre von 1100 bis 900 v.Chr., als die rührigsten Siedlungen und die bedeutsamsten Bauten erscheinen. Gegen Ende der talaiotischen Zeit besetzten die Karthager Eivissa (654 v.Chr.). Da ist es zum ersten Mal die Rede von den *Pityoussiae* und den *Gymnesiae*. Mit Gymnesien bezeichnet man manchmal das ganze Archipel und manchmal nur Mallorca und Menorca, während Eivissa und Formentera die Pithyusen genannt werden. Bis zum Erscheinen einer neuen, vorherrschenden Kultur, der römischen, waren Eivissa, Menorca und Mallorca in der Hauptsache Handelsenklaven im Mittelmeer und Erzeuger- und Austauschzentren. In diesem Zusammenhang erfolgt die Erscheinung der Steinschleuderer, der *Foners*, die bei den Punischen Kriegen im karthagischen Heer als Söldner gedient haben. Mit der Zeit sind die Steinschleuderer zu einem Symbol der klassischen Balearität geworden, in dem Maße in dem sie bei jenen Kriegen um die Vorherrschaft im Mittelmeer als ein Kollektiv von genau umrissener Eigentümlichkeit und Merkmalen auftreten. Der Steinschleuderer ist das Abbild des autochthonen Einwohners, der, in ein feindliches Land versetzt, aus seiner primitiven Fähigkeit für den Kampf Nutzen zieht.

Erst mit der römischen Besetzung (123 v.Chr.) setzte sich der Name *Insulae Baliares* als offizielle Bezeichnung des Archipels durch, das der Hispania Citerior angegliedert wurde. Die Römer betrachten nur Menorca und Mallorca als balearisch, während Eivissa als etwas Anderes betrachtet wird, da es einen von den größeren Inseln klar unterschiedlichen Werdegang hatte. Die Römer bezeichneten auch Mallorca und Menorca als *Balearis Major* und *Balearis Minor*. Die Romanisierung erfolgte auf der Grundlage der talaiotischen Kultur in den beiden ersten Inseln und der punischen Kultur in Eivissa. Im Jahre 360 n.Chr. wurde die Provinz *Insulae Baliares* oder *Balearica* gebildet mit Hauptstadt in Palma, die von den Römern gegründet worden war. Andererseits wurden nach der Christianisierung der Inseln Diözesen gebildet, und zwar in Mallorca, Menorca und Eivissa, zumindest bis zur Invasion der Wandalen und der Byzantiner. Seit dem Ende des 5. Jahrhunderts und bis zur maurischen Invasion (902-903) lagen die Inseln im Einflussbereich des Byzantinischen Reichs.

Im 10. Jahrhundert, unter der maurischen Herrschaft, wurden die Balearischen Inseln dem politischen und Verwaltungssystem des Kalifats von Córdoba (als Ostinseln des Al-Andalus, verwaltet von einem Wali mit Sitz in der Madina Mayurka und Statthaltern in Menorca und Eivissa) angegliedert. Später unterstanden sie der Taifa von Dènia, von der sie sogar im Jahre 1086 unabhängig

und von einem Emir der Balearen regiert wurden. Während des Almoraviden-Reichs wurden die Balearen von einer Reihe von Walis regiert, die eine unabhängige Dynastie auf Mallorca gründeten. Die letzte Phase der maurischen Herrschaft fiel in der Regierungszeit der Almohaden, die Minurqa und Mayurka beherrschten, und die Inseln wurden dem Almohaden-Reich angegliedert.

Die Eroberung Mallorcas durch König Jaume I. im Jahre 1229 setzte einen Prozess der Integration der Balearen in den katalanisch-aragonesischen Staatenbund in Gang. Im Jahre 1235 wurde Eivissa erobert. Mallorca und Eivissa gehörten zur Krone Aragoniens bis zum Jahre 1276, in dem das Königreich Mallorca errichtet wurde. Die Insel Menorca war unter maurischer Herrschaft geblieben, aber ihr Herrscher war nach dem Vertrag von Capdepera des Jahres 1232 Lehnsmann des Königs Jaume I., bis sie im Jahr 1287 erobert wurde. Das Königreich Mallorca umfasste die Stadt und Baronie von Montpellier, die Grafschaften von Carlades und Roussillon und die Inseln Mallorca und Eivissa, und ab 1287 auch Menorca. Zwischen 1276 und 1349 gab es drei Könige des Königreichs Mallorca, nämlich Jaume II., Sanç I. und Jaume III. Abgesehen von den Institutionen und des eigenen Rechts des Königreichs sind während dieses "goldenen" Zeitalters die Gestalt des Ramon Llull und einige hervorragende Gebäude der Inselgotik wie die Kathedrale von Mallorca und das Schloss Bellver sowie andere bedeutende Werke in Menorca und Eivissa hervorzuheben.

Nach der Niederlage des Königreichs Mallorca (1349) wurden einige seiner Institutionen aufrechterhalten, und die Inseln waren in den Institutionen der Krone Aragoniens vertreten.

Zwischen der Niederlage des Königreichs Mallorca (1349) und dem Verlust der Selbstregierung (1715) waren die Balearen ein Teil des Staatenbundes der Krone Aragoniens. Jede Insel (Mallorca, Menorca und Eivissa) hatte völlige innere Autonomie, und sie hatten keine ihnen allen gemeinsame Institution. Sie hatten auch keine eigenen Vertretungsorgane. Die Autorität des Königs wurde durch einen Gouverneur oder Statthalter vertreten, und sowohl in Menorca als auch in Eivissa gab es einen Gouverneur, der dem Statthalter von Mallorca unterstellt war. Dem Gouverneur der jeweiligen Inseln waren die verschiedenen königlichen Beamten (königliche Bürgermeister und Vögte) unterstellt. Jede Insel hatte ihren eigenen Generalrat.

Nach dem Spanischen Erbfolgekrieg (1702-1715) verloren die Balearischen Inseln ihre eigenständigen Institutionen. Von 1715 bis zur Festigung des liberalen Staates im Jahre 1812 waren die Balearischen Inseln ein Teil der Einheit der spanischen Territorien ohne Eigenheiten. Die erste liberale Verfassung öffnete den Weg zu einer neuen territorialen Aufgliederung des Staates, und es wurde die Provinz

der Balearen mit einer *Diputación Provincial* (einer Art Kreistag) errichtet, die alle Inseln umfasste. Die spanische Verfassung von 1812 sah bereits die Aufteilung des Staates in Provinzen und also auch die Errichtung der Provinz der Balearen vor. Aber dieses territoriale Modell festigte sich erst endgültig im Jahre 1833, als der spanische Staat in Provinzen aufgeteilt wurde. Dieses territoriale Modell wurde in dem Entwurf einer bundesstaatlichen Verfassung von 1873 in Frage gestellt, aber diese wurde schließlich nicht verabschiedet. Der Gedanke des Föderalismus, der während der Ersten Republik große Zustimmung im Volk fand, wurde nach der bourbonischen Restauration von 1875 stark abgeschwächt. Der Nationalismus und der Regionalismus vom Ende des 19. Jahrhunderts nahmen zum Teil die bundesstaatlichen Forderungen wieder auf, aber sie hatten nicht mehr den Staat zum Ziel, sondern die historischen Nationen, die Philipp V. Anfang des 18. Jahrhunderts vernichtet hatte. Auf den Balearischen Inseln hatten diese Strömungen immer eher einen kulturellen als einen politischen Charakter, und zumindest bis weit in das 20. Jahrhundert hinein erreichten sie nicht die notwendige gesellschaftliche Resonanz, um die alten nationalen Wesenszüge der Balearischen Inseln zu fordern.

Im 18. Jahrhundert zerbrach die Einheit der Balearischen Inseln, als Menorca der britischen Krone einverleibt wurde (1713-1756, 1763-1782) und eine kurze Zeit unter französische Herrschaft (1756-1763) geriet. Im Jahre 1782 wurde es wieder der spanischen Monarchie zugeschlagen, ging jedoch 1798 abermals verloren bis zu ihrer endgültigen Wiedereinverleibung im Jahre 1802. Der Friede von Amiens (1802) gab der spanischen Krone Menorca endgültig zurück und beendete die dritte Periode der britischen Herrschaft auf der Insel.

Im Jahre 1715 verloren die Inseln ihre Institutionen (Consells Generals oder Generalräte). Die Befugnisse des *Gran i General Consell* wurden durch die Königliche Magistratur übernommen, der der oberste Armeebefehlshaber vorstand und die fast ausschliesslich mit Kastiliern besetzt wurde. Obwohl die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung kein Kastilisch konnte und nur Katalanisch sprach, wurde diese Sprache aus der Schule und der Verwaltung verbannt. Dieser Zustand blieb praktisch unverändert zwischen 1715 und 1983 bestehen. Es waren 268 Jahre, in denen die Balearischen Inseln ihre Institutionen der Selbstverwaltung nicht zurückbekommen konnten und die Folgen eines zentralistischen und gleichmacherischen Staates zu erleiden hatten, der jeder Entfaltung der kulturellen und historischen Identitätsmerkmale abhold war.

Wir haben schon erwähnt, dass seit dem Demokratischen Sexennat (1868-1873) und bis 1931 eine Minderheit für einen Bundesstaat eintrat und gegen das

zentralistische Staatsmodell eingestellt war, aber dieses Modell wurde bis zur Errichtung der Zweiten Republik (1931-1939) nie ernstlich in Frage gestellt. Vor der Verabschiedung der Verfassung der Zweiten Republik wurden verschiedene Entwürfe von Autonomiestatuten ausgearbeitet, und auf den Balearen wurden der Vorentwurf eines Statuts für die Balearischen Inseln und der Entwurf eines Autonomiestatuts für Mallorca und Eivissa redigiert, der auf einen Bundesstaat abgestimmt war. Der im Juli 1931 gebilligte Entwurf wurde von Menorca nicht akzeptiert, und so hatten schließlich die Balearischen Inseln keine Autonomie. Die spanische Verfassung von 1931 sah für die Balearen drei mögliche Organisationsmodelle vor: als herkömmliche Provinz, mit Inselräten oder als autonome Region. Aber es blieb bei der ersten Alternative. Damit wurde die Gelegenheit verpasst, als historisch verwurzelte, autonome und im Rahmen des Staatsganzen identitätsmäßig differenzierte Gemeinschaft anerkannt zu werden.

Mit der Franco-Diktatur (1939-1975), die das herkömmliche zentralistische Modell wiedererrichtete, ging jegliche Chance verloren, eine eigenständige Struktur zu erhalten. Die Balearischen Inseln blieben eine spanische Provinz mit einer *Diputación Provincial*, die von regimetreuen Kräften kontrolliert wurde. Während der Jahrzehnte der Diktatur wurden nicht einmal die Vorschläge einer verwaltungsmäßigen Dezentralisierung in Betracht gezogen, die von Menorca ausgingen und auf die Schaffung von Verwaltungsbehörden auf Inselebene abzielten.

Erst nach Wiedereinsetzung der Demokratie wurde das institutionelle und organisatorische Modell verändert. Durch die spanische Verfassung von 1978 wurde die Provinzbehörde, die *Diputación Provincial*, abgeschafft und ein Generalrat (*Consell General Interinsular*) für das ganze Archipel sowie die Inselräte für Mallorca, Menorca und Eivissa und Formentera errichtet. Schließlich wurde 1981 nach einem komplizierten Verfahren der Vorentwurf eines Autonomiestatuts erarbeitet.

Am 1. März 1983 trat das Autonomiestatut der Balearischen Inseln in Kraft. In Erinnerung an dieses Datum, an dem die Selbstregierung wiedererlangt wurde, ist der 1. März zum Feiertag als *Dia de les Illes Balears* erklärt worden.

Das Autonomiestatut legte das institutionelle System der Selbstregierung der Balearischen Inseln fest. Das Statut sieht die Schaffung einer gesetzgebenden Versammlung oder Landtag (*Parlament*) vor, die den Präsidenten der Balearischen Inseln wählt, der wiederum die Landesminister (*Consellers*) ernennt, die den Exekutivrat oder Regierung der Balearischen Inseln bilden. Die Inselräte von Mallorca, Menorca und Eivissa und Formentera sind die Regierungsorgane der jeweiligen Insel.

Die Wahlen zum Parlament der Balearischen Inseln und der Inselräte finden alle vier Jahre statt und fallen mit den Gemeindewahlen zusammen. Die ersten Wahlen zum autonomen Parlament fanden am 8. März 1983 statt. Die Konservativen der Volkspartei (*Partit Popular, PP*) waren die vorherrschende Kraft, die während vier Legislaturperioden (1983-1999) die Balearischen Inseln regiert hat, mit den Präsidenten Gabriel Cañellas (1983-1996), Cristòfol Soler (1996) und Jaume Matas (1996-1999). Im Jahre 1999 haben die progressiven Kräfte die Konservativen verdrängt, und so wurde Francesc Antich, von der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (*Partit Socialista Obrer Espanyol, PSOE*), zum Präsidenten der Balearischen Inseln gewählt.

PERE FULLANA PUIGSERVER

DAS STATUT, GRUNDLAGE DER SELBSTREGIERUNG DER BALEARISCHEN INSELN

Die Balearischen Inseln bilden politisch und verwaltungsmäßig eine Körperschaft, die sich als autonome Gemeinschaft nach Maßgabe des von der spanischen Verfassung von 1978 entworfenen territorialen Aufbaus des Staates konstituiert.

Die Bedeutung dieses Grundgesetzes liegt nicht nur in seinem zutiefst demokratischen Inhalt, der einen radikalen Bruch mit dem diktatorischen Franco-Regime darstellt, sondern auch in den Änderungen, die es im Bezug auf die territoriale Streuung der Macht einführt. In dieser Hinsicht setzt die Verfassung dem zentralistischen Staat des Franquismus ein Ende und begründet mit Nachdruck den sogenannten Staat der Autonomien, eine Organisationsform, die ein hohes Maß an politischer und verwaltungsmäßiger Dezentralisierung erlaubt, die in der Aufteilung des Staates in 17 autonome Gemeinschaft ihren Ausdruck findet.

Die Verfassung erkennt den Nationalitäten und Regionen das Recht auf Selbstregierung, d.h. also die juristische Fähigkeit, über die bestimmte Territorien verfügen, sich als Körperschaften mit wichtigen normativen und ausführenden Gewalten zu konstituieren. Die Autonomie beinhaltet nicht Unabhängigkeit oder Souveränität, sondern lediglich die Fähigkeit, innerhalb eines bestimmten Rahmens und im Einklang mit den von der Verfassung festgelegten Regeln freie Entscheidungen treffen zu können. Die Autonomie beschränkt sich jedoch auch nicht auf ein Bündel von Verwaltungs- und Ausführungskompetenzen, wie sie zum Beispiel für die Kommunen charakteristisch sind, sondern hat darüber hinaus eine politische Komponente von großer Reichweite, denn durch Gesetz ihrer Parlamente können die autonomen Gemeinschaften eine eigene Politik in bestimmten Bereichen festlegen, die der Staat zu respektieren hat.

Damit die verschiedenen Territorien mit eigenen gemeinsamen Merkmalen, wie die historische, kulturelle und wirtschaftliche Identität, zur Selbstregierung gelangen und sich als autonome Gemeinschaften einrichten konnten, legte die Verfassung ein kompliziertes, demokratisches Verfahren fest, das die Verwirklichung dieses Anspruchs gewährleisten sollte, der in den Jahren unmittelbar vor dem Bürgerkrieg von einigen dieser Territorien bereits geäußert und in einigen Fällen sogar verwirklicht worden war. Ausgehend von der Initiative der gewählten Vertreter jedes Territoriums konnte das spanische Staatsparlament ein Staatsgesetz von besonderem Charakter verabschieden, genannt Autonomiestatut, durch das jede autonome Gemeinschaft sich konstituieren würde (so geschah es zwischen den Jahren 1979 und 1983). Das Statut wird somit zur Grundlage der

Autonomie, denn es ist die Norm, die die jedem Territorium eigenen Institutionen definiert und den Grad der Selbstregierung nach Anzahl und Art der Kompetenzen festlegt, die ausgeübt werden können.

Die Balearischen Inseln wurden zur autonomen Gemeinschaft im Monat März des Jahres 1983 mit der Verabschiedung ihres Autonomiestatuts. Sehr wenig später nahmen die wichtigsten autonomen Institutionen ihre Arbeit auf, die da sind:

-Der Präsident, der die Gesamtheit der Institutionen der autonomen Gemeinschaft vertritt und dem die Bildung der Landesregierung zusteht, der er vorsitzen, sie leiten und koordinieren wird. Der Präsident wird vom Parlament aus seiner Mitte gewählt.

-Das Parlament, das das Volk der Balearischen Inseln vertritt und die Verabschiedung der Autonomiegesetze einschließlich des Haushalts sowie die Kontrolle der Arbeit der Regierung als wichtigste Aufgaben hat.

-Die Regierung, die aus dem Präsidenten, gegebenenfalls dem Vizepräsidenten und den Landesministern oder *Consellers* besteht und die Verwaltung der autonomen Gemeinschaft sowie der ihr unterstellten Behörden, Dienstbereiche und öffentlichen Unternehmen leitet. Sie hat auch die Befugnis, Verordnungen zu erlassen. Jeder *Conseller* ist, ähnlich wie die Minister der Zentralregierung, für einen speziellen Amtsbereich (*Conselleria*) zuständig.

Was den Grad der Autonomie konkret angeht, den die Balearischen Inseln seit 1983 (und den späteren Änderungen des Autonomiestatuts von 1994 und 1999) erlangt haben, so ist festzuhalten, dass das Statut den Balearischen Inseln die Fähigkeit zuerkennt, alles zu regeln und abzuwickeln, was ihre eigenen Institutionen betrifft. Es erkennt ihnen auch bedeutende Kompetenzen zu, wie zum Beispiel u.a. in folgenden Bereichen: Raumordnung und Umweltschutz, Tourismus, Transportwesen, Strassenbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie, Energieversorgung, Handel, Kunsthandwerk, Wasserwirtschaft, Erziehungs- und Gesundheitswesen, Wohlfahrt, Stiftung, eigenes Zivilrecht, Glücksspiel, historisches Erbe, Sprache und Kultur, usw.

Unter Leitung der Landesregierung der Balearischen Inseln ist die autonome Verwaltung damit befasst, einen großen Teil dieser Kompetenzen direkt auszuüben, aber nach und nach kommt ein Prozess der Dezentralisierung zugunsten der Inselbehörden in Gang, von denen wir kurz sprechen wollen.

Die besonderen geographischen Merkmale des Archipels zusammen mit der Absicht, eine größere Nähe der Regierungsarbeit und der öffentlichen Dienstleistungen zu den Bürgern zu gewährleisten, haben dazu geführt, dass das Statut jeder Insel des Archipels die Selbstverwaltung zubilligt. Deshalb erkennt es auch

die Inselräte von Mallorca, Menorca und Eivissa und Formentera als eigene Institutionen der autonomen Gemeinschaft an, denen die Regierung, Verwaltung und Vertretung der jeweiligen Inseln zukommt. In dem Maße und insoweit es die Gesetze des Parlaments festlegen, steht den Inselräten gegenwärtig die Ausübung der Kompetenzen über Sachbereiche zu, die eine unmittelbare Bedeutung für die Bürger haben, wie zum Beispiel die Städteplanung, die Kultur, der Sport oder die Wohlfahrtsdienste. In einigen Fällen können die Inselräte durch Verordnungen die Bestimmungen der autonomen Gemeinschaft weiterentwickeln.

Auf dem Territorium der Balearischen Inseln gibt es zwei Amtssprachen: die eine ist die eigene dieser Gemeinschaft, die hier seit dem 13. Jahrhundert gesprochen wird, nämlich das Katalanische; die andere ist die Amtssprache des Staates, nämlich das Kastilische oder Spanische. Das Erziehungssystem, das unter die Zuständigkeit der Landesregierung fällt, gewährleistet die angemessene Kenntnis der beiden Sprachen (das Mallorquinische, das Menorquinische und das Eivissenc-Formenterensisch sind Mundarten des Katalanischen, die in der Schule eine besondere Beachtung finden). In ihrem Umgang mit jeder öffentlichen oder privaten Institution sowie untereinander dürfen die Bürger frei entscheiden, welche der beiden Sprachen sie verwenden wollen; die Institutionen und die Verwaltung der Balearen dagegen verwenden vorzugsweise die Sprache, die ihnen eigen ist, nämlich das Katalanische. Die öffentlichen Gewalten müssen in jedem Fall die sprachliche Wahl der Bürger respektieren.

Andererseits enthält das Autonomiestatut ein Mandat zur Normalisierung der katalanischen Sprache, das die öffentlichen Gewalten dazu verpflichtet, eine Politik der Begünstigung des verstärkten Gebrauchs der katalanischen Sprache in allen Bereichen des institutionellen und gesellschaftlichen Lebens zu betreiben, denn das Überleben dieser romanischen Sprache - die zu den Identitätsmerkmalen der balearischen Bürger gehört - hängt in hohem Maße von den Bemühungen der öffentlichen Verwaltung ab.

LOURDES AGUILÓ BENNÀSSAR

AUTONOMIESTATUT DER BALEARISCHEN INSELN*

PRÄAMBEL

Die Balearischen Inseln, in Ausübung des von der spanischen Verfassung anerkannten Rechts auf Autonomie, bekunden ihren Willen, sich als autonome Gemeinschaft zu konstituieren, die sich nach diesem Statut regeln und einrichten wird.

In diesem historischen Augenblick, in dem Mallorca, Menorca, Eivissa und Formentera den Prozess zur Institutionalisierung der Selbstregierung einleiten, wollen sie all ihren Söhnen Ehre erweisen, die im Verlauf der Zeiten für die Aufrechterhaltung der Identität unseres Volkes gearbeitet haben.

Das Autonomiestatut gründet sich auf den Grundsatz der Kooperation zwischen den Völkern, die die Inselgemeinschaft bilden, durch Wege der Solidarität, der Annäherung und der gegenseitigen Achtung, die ein Gemeinschaftsleben in Harmonie und Fortschritt ermöglichen.

Durch sein Autonomiestatut verkündet das Volk der Balearischen Inseln als höchste Werte seiner Selbstregierung das demokratische System, das sich von den Gedanken der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Gleichheit und der Verteidigung der Menschenrechte leiten lässt, sowie die Solidarität zwischen allen Völkern Spaniens.

Um das Recht auf Selbstregierung der Balearischen Inseln im Rahmen der Verfassung zu verwirklichen, schlagen die Parlamentarier und Inselräte dem spanischen Parlament zur gebotenen Zustimmung das folgende Autonomiestatut vor:

ERSTER ABSCHNITT ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

1. Die Balearischen Inseln, als Ausdruck ihrer historischen Identität und ihrer Eigenart, in Ausübung des Rechts auf Selbstregierung, das die Verfassung den Nationalitäten und Regionen anerkennt, konstituieren sich als autonome Gemeinschaft im Rahmen der Verfassung und dieses Statuts.

2. Die Bezeichnung der autonomen Gemeinschaft ist *Illes Balears*.

* Organisches Gesetz 2/1983, vom 25. Februar, zur Billigung des Autonomiestatuts der Balearischen Inseln. Es wurde im Spanische Amstblatt (*B.O.E.*) vom 1 März 1983 veröffentlicht, gemäß dem organischen Gesetz 3/1999 vom 8 Januar, zur Reform des organischen Geseztes 2/1983. Es wurde vorher durch das organischen Gesetz 9/1994, vom 24. März (*B.O.E.* 25.3.1994) reformiert. Das Gesetz 27/1997, vom 4. August (*B.O.E.* 5.8.1997) zur Steuerüberlassung ist gleichfalls zu berücksichtigen.

Artikel 2

Das Gebiet der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln besteht aus den Inseln Mallorca, Menorca, Eivissa, Formentera und Cabrera sowie den anderen kleineren, anliegenden Inseln.

Artikel 3

1. Die den Balearischen Inseln eigene katalanische Sprache ist, sowie auch das Kastilische, Amtssprache.

2. Alle haben das Recht, sie zu kennen und zu verwenden, und niemand darf wegen der Sprache diskriminiert werden.

3. Die Institutionen der Balearischen Inseln werden den normalen und amtlichen Gebrauch der beiden Sprachen gewährleisten, die zur Sicherung ihrer Kenntnis notwendigen Maßnahmen ergreifen und die Bedingungen schaffen, die es gestatten, die volle Gleichheit beider Sprachen, was die Rechte der Bürger der Balearischen Inseln betrifft, zu erreichen.

Artikel 4

1. Die Fahne der Balearischen Inseln, bestehend aus historisch legitimierten, eigenen Symbolen, wird durch vier waagerechte rote Streifen auf gelbem Grund mit einem viereckigen, lilafarbenen Feld am linken oberen Teil mit einem weissen Schloss mit fünf Türmen in der Mitte gebildet.

2. Jede Insel kann sich durch Beschluss des jeweiligen Inselrats ihre Fahne und ihre eigenen Symbole geben.

Artikel 5

1. Die autonome Gemeinschaft gliedert seinen territorialen Aufbau in Inseln und in Gemeinden. Die Institutionen zur Regierung der Inseln sind die Inselräte und die der Gemeinden die Gemeinderäte.

2. Dieser Aufbau wird im Rahmen der Gesetzgebung des Staates durch ein Gesetz des Parlaments der Balearischen Inseln, in Einklang mit diesem Statut und nach den Grundsätzen der Effizienz, Hierarchie, Dezentralisierung, Entflechtung, Delegierung und Koordinierung zwischen den Verwaltungs- und Autonomieorganen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich geregelt.

Artikel 6

1. In Bezug auf die Bestimmungen dieses Statuts besitzen die Spanier, die nach der allgemeinen Gesetzgebung des Staates ihre verwaltungsmäßige

Einwohnerschaft in irgendeiner Gemeinde der Balearischen Inseln haben, die politische Eigenschaft als Bürger der autonomen Gemeinschaft.

2. Die Ausländer, die ihre Einwohnerschaft in irgendeiner Gemeinde der Balearischen Inseln haben und die spanische Staatsangehörigkeit erwerben, bleiben dem Zivilrecht der Balearischen Inseln unterworfen, solange sie diese Einwohnerschaft behalten, es sei denn, sie bekunden ihren gegenteiligen Willen.

Artikel 7

Die Vorschriften und Bestimmungen der öffentlichen Gewalten der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln und deren Zivilrecht haben territoriale Wirksamkeit, unbeschadet der Ausnahmen, die in jedem Sachbereich festgelegt werden können, und der Situationen, die sich nach einem persönlichen Status oder anderen außerterritorialen Normen richten müssen.

Artikel 8

1. Die außerhalb des Gebiets der autonomen Gemeinschaft niedergelassenen balearischen Kolonien können als solche um die Anerkennung ihrer Ursprungspersönlichkeit nachsuchen, verstanden als das Recht, zum gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Inseln beizutragen und daran teilzuhaben. Ein Gesetz des Parlaments der Balearischen Inseln wird, unbeschadet der Zuständigkeiten des Staates, die Reichweite und den Inhalt der erwähnten Anerkennung regeln, die auf keinen Fall die Gewährung von politischen Rechten mit sich bringen wird.

2. Um die Erfüllung obiger Bestimmung zu erleichtern, kann die autonome Gemeinschaft den spanischen Staat ersuchen, gegebenenfalls die entsprechenden internationalen Verträge abzuschließen.

Artikel 9

Um die ihnen obliegenden Zwecke zu erfüllen, werden die Selbstverwaltungsorgane die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Gleichheit und den sozialwirtschaftlichen Fortschritt unter allen Bürgern der Balearischen Inseln als Verfassungsgrundsätze, sowie ihre Teilnahme am politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Leben fördern. Sie richten ebenso die Ausübung der öffentlichen Gewalt auf die Konsolidierung und Entwicklung der Nationalitätsmerkmale aus, die den Völkern von Mallorca, Menorca, Eivissa und Formentera gemein sind, sowie der Eigenarten jeder Insel als Solidaritätsband unter ihnen allen.

**ZWEITER ABSCHNITT
VON DEN ZUSTÄNDIGKEITEN
DER AUTONOMEN GEMEINSCHAFT DER BALEARISCHEN INSELN**

Artikel 10

Die autonome Gemeinschaft hat die ausschließliche Zuständigkeit auf folgenden Gebieten:

1. Aufbau, Regelung und Arbeitsweise ihrer Selbstverwaltungsorganen im Rahmen dieses Statuts.
2. Änderung der Gemeindegrenzen und amtliche Namensgebung der Gemeinden und Ortsnamen.
3. Raumordnung einschließlich der Küste, Städteplanung und Wohnungswesen.
4. Öffentliche Bauarbeiten auf dem Gebiet der autonomen Gemeinschaft, die nicht von allgemeinem Interesse des Staates sind.
5. Eisenbahn, Landstrassen und Wege. Der Transport auf diesen Verkehrswegen sowie durch Kabel und Rohr. Häfen, Flughäfen und Hubschrauberlandeplätze, die der Staat nicht als von allgemeinem Interesse erklärt hat, und Zufluchtshäfen, Jachthäfen, Sportflughäfen und Sporthubschrauberlandeplätze.
6. Der ausschließlich zwischen Häfen oder Küstenorte der autonomen Gemeinschaft, ohne Anschluss an andere Häfen oder Küstenorte anderer territorialen Bereiche stattfindende Seetransport.
7. Vertragsabschlussstellen und Frachtterminals auf dem Gebiet des Transportwesens.
8. Wasserwirtschaft und Wassernutzung, Kanäle und Bewässerungsanlagen. Mineralwasser und Thermalquellen. Regelung und Vergabe der Wasserressourcen und Wassernutzung.
9. Bergwirtschaft, Nutzung der Wälder, Triftwege und Weiden. Sonderbehandlung der Gebirgsgegenden.
10. Landwirtschaft und Viehzucht in Einklang mit der allgemeinen Wirtschaftsordnung.
11. Fremdenverkehr.
12. Sport und Freizeitgestaltung.
13. Jugend- und Altersfürsorge.
14. Sozialpolitik und Wohlfahrtswesen. Gemeinschaftliche Entwicklung und Integration. Gesundheitswesen und Hygiene.

15. Kunsthandwerk.
16. Bewachung und Schutz ihrer Gebäude und Einrichtungen. Koordinierung und alle anderen Befugnisse in Bezug auf die Gemeindepolizei in dem von einem organischen Gesetz festgelegten Rahmen.
17. Mustermessen und Innenmärkte.
18. Förderung der Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der autonomen Gemeinschaft in Einklang mit den Grundlagen und der allgemeinen Koordinierung der Wirtschaftstätigkeit.
19. Fischerei und Freizeitgestaltung in inneren Gewässern, Zucht und Sammlung von Meeresfrüchten, Fischzucht und Jagd.
20. Archive, Bibliotheken und Museen nichtstaatlicher Trägerschaft. Musikschulen, Einrichtungen der schönen Künste, Zeitungsarchive und ähnliche Institutionen.
21. Denkmals-, Kultur-, Geschichts-, Kunst-, Architektur-, Archäologie-, Wissenschafts- und Landschaftserbe von Interesse für die autonome Gemeinschaft, unbeschadet der Bestimmungen des Paragraphen 149.1.28a der Verfassung.
22. Kultur.
23. Pflege, Änderung und Fortentwicklung des Zivilrechts der autonomen Gemeinschaft.
24. Regelung der öffentlichen Finanzen der autonomen Gemeinschaft in Einklang mit den Bestimmungen dieses Statuts.
25. Spielcasinos, Spielbetrieb und Wetten mit Ausnahme des Sporttotos.
26. Genossenschaften, Gemeinschaftsbanken und -lager sowie die nicht im System der Sozialversicherung eingegliederten Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, unter Beachtung der Handelsgesetzgebung.
27. Unterhaltungsaufführungen und Freizeitaktivitäten.
28. Statistiken, die von Interesse für die autonome Gemeinschaft sind.
29. Stiftungen, die ihre Tätigkeit vornehmlich auf dem Gebiet der autonomen Gemeinschaft ausüben.
30. Industrie, unbeschadet der staatlichen Bestimmungen aus Gründen der Sicherheit, der Gesundheit oder des militärischen Interesses sowie der Bestimmungen in Bezug auf Industrien, die der Bergwerks-, Erdöl- und Nukleargesetzgebung unterliegen. Die Ausübung der Zuständigkeit erfolgt in Einklang mit den Grundlagen und der Regelung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit und mit der Währungspolitik des Staates nach den Bestimmungen der Artikel 38, 131 und die Ziffern 11 und 13 des Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung.

31. Einrichtungen für die Erzeugung, Vertrieb und Transport von Energie, wenn der Transport innerhalb der autonomen Gemeinschaft erfolgt und ihre Nutzung keine andere autonome Gemeinschaft betrifft, und unbeschadet der Bestimmungen der Ziffern 22 und 25 des Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung.
32. Verwaltungsverfahren, die sich aus den Besonderheiten der eigenen Organisation ergeben.
33. Werbung, unbeschadet der vom Staat in Einklang mit den Ziffern 1, 6 und 8 des Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung für spezifische Bereiche und Medien erlassenen Verordnungen.
34. Wetterdienst der autonomen Gemeinschaft.
35. Öffentliche Anstalten für den Schutz und Vormundschaft von Minderjährigen.
36. Anstalten von Wertbörsen und Errichtung und Regelung von Warenhandelszentren in Einklang mit der Handelsgesetzgebung.
37. Sparkassen und öffentliche genossenschaftliche Kreditanstalten im Rahmen der allgemeinen Regelung der Wirtschaftstätigkeit und in Einklang mit den vom Staat in Ausübung seiner Zuständigkeit erlassenen Bestimmungen.
38. Binnenhandel, unbeschadet der allgemeinen Preispolitik, des freien Warenverkehrs auf dem Gebiet des Staates und der Gesetzgebung zum Schutze des Wettbewerbs.
39. Ursprungszeugnisse und andere Ursprungsbezeichnungen der Erzeugnisse der autonomen Gemeinschaft, in Zusammenarbeit mit dem Staat.
40. Wissenschaftliche und technische Forschung in Zusammenarbeit mit dem Staat.

In der Ausübung dieser Zuständigkeiten gebührt der autonomen Gemeinschaft die gesetzgeberische Gewalt, die Ordnungsgewalt und die ausführende Funktion.

Artikel 11

Im Rahmen der grundlegenden Gesetzgebung des Staates und gegebenenfalls unter Beachtung der von ihr festgelegten Bedingungen gebührt der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln die gesetzgeberische Fortentwicklung und die Ausführung in folgenden Sachbereichen:

1. Regelung des Verantwortungssystems der Verwaltung der autonomen Gemeinschaft und der Gemeindeverwaltung, in Einklang mit den Bestimmungen des Absatzes 1.18a des Artikels 149 der Verfassung.

2. Gemeindeordnung.
3. Verfahrensvorschriften und Vorschriften des Verwaltungsrechts, die sich aus den Besonderheiten des Sonderrechts der Balearischen Inseln oder des organisatorischen Aufbaus der autonomen Gemeinschaft ergeben.
4. Beamtenstatut der autonomen und der kommunalen Verwaltung, unbeschadet der Bestimmungen der Ziffer 18 von Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung.
5. Krankenhauskoordinierung, sowie Koordinierung der Sozialversicherung.
6. Verträge und Verwaltungskonzessionen im spezifischen Zuständigkeitsbereich der autonomen Gemeinschaft.
7. Umweltschutz. Zusätzliche Schutzvorschriften. Naturschutzgebiete. Ökologie.
8. Ordnung und Planung der Wirtschaftstätigkeit der Balearischen Inseln, in Ausübung der im Rahmen dieses Statuts übernommenen Zuständigkeiten.
9. Schutz der Verbraucher und Benutzer, in Einklang mit den Grundsätzen und der Regelung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit und der staatlichen Währungspolitik sowie mit den Grundsätzen und der allgemeinen Koordinierung des Gesundheitswesens, nach Maßgabe der Bestimmungen der Artikel 38, 131 und der Ziffern 11, 13 und 16 des Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung.
10. Bergbau- und Energiewesen.
11. Presse, Hörfunk, Fernsehen und andere Massenkommunikationsmittel, im Rahmen der vom Staat in Einklang mit der Ziffer 27 des Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung festgelegten grundsätzlichen Vorschriften.
12. Regelung des Fischereisektors.
13. Klassifizierte Tätigkeiten.
14. Arzneimittelordnung, unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 149.1.16a der Verfassung.
15. Öffentlich-rechtliche Körperschaften, die wirtschaftliche und berufliche Interessen wahrnehmen.
16. Systeme der Volksbefragungen im Bereich der Balearischen Inseln, in Einklang mit den Bestimmungen des im Artikel 92.3 der Verfassung erwähnten Gesetzes und der anderen Gesetze des Staates, nach Maßgabe des Artikels 149.1.32a der Verfassung.

Artikel 12

Nach Maßgabe der Gesetze und Vorschriften, die der Staat bei der Fortentwicklung seiner Gesetzgebung erlässt, ist die autonome Gemeinschaft der

Balearischen Inseln für die ausführende Funktion in folgenden Sachbereichen zuständig:

1. Ausführung in ihrem Gebiet der internationalen Verträge und Abkommen und der normativen Verwaltungsakte überstaatlicher Institutionen in allem, was die Sachbereiche betrifft, für die die autonome Gemeinschaft zuständig ist.
2. Zwangsentzignungen.
3. Regelung des Waren- und Personentransports, der seinen Ausgangs- und Bestimmungsort innerhalb des Gebiets der autonomen Gemeinschaft hat, unbeschadet der direkten Abwicklung, die die allgemeine Staatsverwaltung sich vorbehält.
4. Zivilschutz.
5. Vereine.
6. Internationale Messen.
7. Abwicklung der Leistungen und der Sozialdienste innerhalb des Systems der Sozialversicherung: INSERSO. Die Festlegung der Leistungen des Systems, die Erfordernisse, um die Eigenschaft als Leistungsempfänger festzustellen, und die Finanzierung erfolgen nach den vom Staat in Ausführung seiner Zuständigkeiten und nach Maßgabe der Bestimmungen der Ziffer 17 vom Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung erlassenen Vorschriften.
8. Abwicklung der Gesundheitsfürsorge der Sozialversicherung in Einklang mit den Bestimmungen von Ziffer 17 Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung, wobei der Staat sich die bei der Erfüllung der in dieser Bestimmung erwähnten Funktion erforderliche Oberinspektion vorbehält.
9. Betrieb der staatlichen Museen, Bibliotheken und Archive, deren Führung der Staat sich nicht vorbehält. Die Bedingungen der Betriebsführung werden durch Abkommen festgelegt.
10. Maße und Gewichte. Eichung von Metallen.
11. Vom Staat erstellte Pläne für die Einführung oder die Umstrukturierung von wirtschaftlichen Bereichen.
12. Pharmazeutische Erzeugnisse.
13. Gewerbliche Eigentumsrechte.
14. Urheberrechte.
15. Arbeitsrecht. In Einklang mit der Ziffer 7 des Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung ist der Staat für die Arbeitsgesetzgebung und die Oberinspektion zuständig. Der Staat behält sich alle Zuständigkeiten im Bereich der Inner- und Aussenwanderungen sowie der staatlichen

Finanzierungs- und Arbeitsbeschaffungsfonds vor, unbeschadet der vom Staat über diese Sachbereiche erlassenen Vorschriften.

16. Seebergung.
17. Kredit-, Bank- und Versicherungswesen, in Einklang mit den Punkten 6, 11 und 13 des Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung.
18. Staatlicher Öffentlicher Sektor im territorialen Bereich der autonomen Gemeinschaft, die sich gegebenenfalls an den Aktivitäten beteiligen wird.
19. Häfen und Flughäfen von allgemeinem Interesse, wenn der Staat sich deren Leitung nicht vorbehält.

Artikel 13

1. Die autonome Gemeinschaft hat die ausschließliche Zuständigkeit in Bezug auf den Schutz und die Förderung der autochthonen Kultur, historisches Erbe der Balearischen Inseln.

2. Sie kann die für die Entwicklung dieser Zuständigkeit geeigneten Institutionen schaffen.

Artikel 14

Die autonome Gemeinschaft ist für den Unterricht der den Balearischen Inseln eigenen katalanischen Sprache, in Einklang mit der autochthonen literarischen Tradition, allein zuständig. Ihre Normalisierung ist ein Ziel der Öffentlichen Gewalten der autonomen Gemeinschaft. Die Inselvarianten des Katalanischen werden ohne Beeinträchtigung der Einheit der Sprache erforscht und geschützt.

Artikel 15

1. Die autonome Gemeinschaft ist für die gesetzgeberische Entwicklung und Ausführung des Unterrichtswesens in seinem ganzen Umfang, in allen Ebenen und Stufen, Modalitäten und Fachgebieten zuständig, in Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 27 der Verfassung und der organischen Gesetze, die es nach Maßgabe des Absatz 1 des Artikels 81 der Verfassung weiterentwickeln, und unbeschadet der Befugnisse, die Ziffer 30 des Absatz 1 des Artikels 149 der Verfassung dem Staat zuerkennt, sowie der für seine Erfüllung und Gewährleistung notwendigen Oberinspektion.

2. Um eine gleiche und wirksame Leistung des öffentlichen Unterrichtssystems, die es erlaubt, die eventuell auftretenden Ungleichheiten oder Ungleichgewichte zu korrigieren, wird die autonome Gemeinschaft der allgemeinen staatlichen Verwaltung

die von dieser angeforderte Auskunft über das Funktionieren des Erziehungssystems in Qualität und Umfang vermitteln und mit ihr bei den Ermittlungen für fortlaufende Prüfung und Bewertung des Erziehungssystems zusammenarbeiten.

Artikel 16

Nach vorherigem, mit absoluter Mehrheit gefasstem Beschluss des Parlaments kann die autonome Gemeinschaft den Bereich ihrer Kompetenzen in den Gebieten ausweiten, die nicht der ausschließlichen Zuständigkeit des Staates vorbehalten sind, oder in denjenigen, bei denen dem Staat nur die Kompetenz für die Rahmenbedingungen oder Grundsätze zukommt. Der Beschluss über die Übernahme neuer Zuständigkeiten wird dem spanischen Staatsparlament zur Billigung durch ein organisches Gesetz vorgelegt.

Artikel 17

1. Im Rahmen der Leistung und Abwicklung ihrer eigenen Dienste kann die autonome Gemeinschaft Vereinbarungen mit anderen autonomen Gemeinschaften abschließen. Diese Vereinbarungen werden vom Landesparlament getroffen, das sie dem spanischen Staatsparlament zur Kenntnis bringt, und treten dreissig Tage nach dieser Mitteilung in Kraft, es sei denn, dass das spanische Staatsparlament sie innerhalb dieser Frist als Kooperationsvereinbarung im Sinne des Absatz 2 des Artikels 145 der Verfassung einstuft.

2. Mit vorheriger Genehmigung des spanischen Staatsparlaments kann die autonome Gemeinschaft auch Kooperationsvereinbarungen mit anderen autonomen Gemeinschaften abschließen.

3. Die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln wird über die Ausarbeitung sowie über die Zustimmungsverhandlungen der internationalen Verträge und Vereinbarungen informiert. Nach Erhalt der Information wird die autonome Gemeinschaft gegebenenfalls ihre Stellungnahme abgeben.

4. Die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln kann die Regierung des Staates ersuchen, die in ihrem Interessenbereich liegenden internationalen Verträge oder Vereinbarungen abzuschließen, insbesondere diejenigen, die eine Auswirkung auf ihre Insellage haben oder die Förderung ihrer Kultur betreffen.

DRITTER ABSCHNITT VON DEN INSTITUTIONEN DER AUTONOMEN GEMEINSCHAFT DER BALEARISCHEN INSELN

Artikel 18

1. Der autonome institutionelle Aufbau besteht aus dem Parlament, der Regierung und dem Präsidenten der autonomen Gemeinschaft.

2. Die Regierung und Verwaltung der Inseln von Mallorca, Menorca und Eivissa-Formentera sowie der anliegenden Inseln kommt den Inselräten zu. Diese drei Inselräte konstituieren sich nach den Bestimmungen und mit den Kompetenzen, die sich nach der Verfassung und diesem Statut ergeben.

KAPITEL I DAS PARLAMENT

Artikel 19

1. Das Parlament ist die Vertretung des Volkes der Illes Balears, übt die Rechtgebungsbefugnis aus, billigt den Haushalt der autonomen Gemeinschaft, kontrolliert die Ausübung der Exekutivgewalt und übt alle Zuständigkeiten aus, die ihm dieses Statut, die Gesetze des Staates und seine eigenen Gesetze zuerkennen.

2. Das Parlament ist unantastbar und kann nur unter der im Absatz 5 des Artikels 31 dieses Statuts vorgesehenen Voraussetzung aufgelöst werden.

3. Das Parlament der Balearischen Inseln hat seinen Sitz in der Stadt Palma.

Artikel 20

1. Das Parlament besteht aus den Abgeordneten des autonomen Gebiets, die in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach einem System der Verhältniswahl, das eine angemessene Vertretung aller Zonen des autonomen Gebiets sichert, gewählt werden.

2. Die Mandatsdauer der Abgeordneten beträgt vier Jahre.

3. Ein mit der absoluten Mehrheit des Parlaments verabschiedetes Gesetz wird die Gesamtzahl der Abgeordneten, aus denen es bestehen soll, die Wahlbezirke und die Zahl der in jeder von ihnen zu wählenden Abgeordneten bestimmen, sowie die Gründe der Unwählbarkeit und der Unvereinbarkeiten festlegen, die sie betreffen können.

4. Das Parlament tritt spätestens dreissig Tage nach der Wahl zusammen.

Artikel 21

Wählbar als Abgeordnete des Parlaments sind die spanischen Bürger, die ihren Wohnsitz in den Balearischen Inseln haben und in ihrem Wählerverzeichnis eingetragen sind, wenn sie volljährig und im vollen Besitz ihrer bürgerlichen und politischen Rechte sind.

Artikel 22

Wahlberechtigt sind alle volljährigen, spanischen Bürger, die im Wählerverzeichnis der Balearischen Inseln eingetragen sind.

Artikel 23

1. Die Abgeordneten des Parlaments der Balearischen Inseln sind an keinem Zwangsmandat gebunden und dürfen, selbst nach Beendigung ihres Mandats, wegen der in Ausübung ihres Amtes geäußerten Meinungen und ihrer Abstimmung nicht belangt werden. Während ihres Mandats dürfen sie weder verhaftet noch festgehalten werden, es sei denn, sie werden auf frischer Tat ertappt; in jedem Falle steht die Entscheidung über Beschuldigung, Inhaftierung, Verfahrenseinleitung und gerichtliche Verhandlung gegen einen Abgeordneten nur dem Obersten Gerichtshof der Balearischen Inseln zu. Außerhalb des Gebietes der autonomen Gemeinschaft darf die strafrechtliche Verantwortung eines Abgeordneten unter den gleichen Voraussetzungen vor der Strafkammer des spanischen Obersten Gerichtshofs gefordert werden.

2. Das Stimmrecht des Abgeordneten ist persönlich und darf nicht übertragen werden.

Artikel 24

1. Das Parlament wählt einen Präsidenten, einen Vorstand und einen Ständigen Ausschuss.

2. Das Parlament tagt in Plenarsitzungen und in Ausschüssen. Die Ausschüsse können in ausdrücklichem Auftrag des Plenums Gesetze ausarbeiten und verabschieden, unbeschadet der Berechtigung des Plenums, deren Debatte und Verabschiedung zu jeder Zeit des gesetzgebenden Vorgangs anzufordern.

3. Das Parlament kann spezielle Untersuchungsausschüsse einsetzen.

4. Das Parlament tagt während acht Monate im Jahr in zwei Sitzungsperioden, die erste zwischen September und Dezember und die zweite zwischen Februar und Juni.

Das Parlament tagt in außerordentlicher Sitzung auf Verlangen der Regierung oder nach Beschluss des Ständigen Ausschusses oder des Plenums auf Antrag eines

Fünftels seiner Mitglieder. Die außerordentliche Sitzung wird geschlossen, wenn die Tagesordnung, für die sie einberufen wurde, erschöpft ist.

5. Damit die Beschlüsse sowohl des Plenums als auch der Ausschüsse gültig sind, müssen sie in vorschriftsmäßig einberufenen Sitzungen, an denen die Mehrheit ihrer Mitglieder teilnehmen, und mit der Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden gefasst werden, ausgenommen in den Fällen, in denen das Gesetz oder die Geschäftsordnung ein höheres Quorum verlangen.

6. Zur Verabschiedung des Haushalts, der die Inselräte betreffenden Gesetze, der Änderung des Statuts sowie in all den Fällen, in denen ein Gesetz oder die Geschäftsordnung es so festlegen, ist es außerdem notwendig, dass die erforderliche Mehrheit mit den getrennt gezählten Stimmen von Abgeordneten erzielt wird, die mindestens zwei verschiedene Inseln vertreten.

7. Das Parlament gibt sich seine eigene Geschäftsordnung, in der unbeschadet der obigen Bestimmungen dessen Zusammensetzung, die Sitzungsperioden, die Versammlungsordnung und den Sitzungsort, die Wahlmodalitäten, die Bildung der parlamentarischen Fraktionen und deren Beteiligung am gesetzgebenden Verfahren, die Aufgaben des Fraktionsvorsitzendenrates und andere für die ordnungsgemäße Arbeit des Parlaments notwendige oder gezielte Fragen festgelegt sind. Für die Verabschiedung und Änderung der Geschäftsordnung ist die Zustimmung der absoluten Mehrheit der Parlamentsmitglieder notwendig.

Artikel 25

1. Das Parlament wählt einen Ständigen Ausschuss, in dem alle Parlamentsfraktionen im Verhältnis zu ihrer jeweiligen zahlenmäßigen Bedeutung vertreten sind. Ihm sitzt der Parlamentspräsident vor.

2. Der Ständige Ausschuss hat die Aufgabe, über die Befugnisse des Parlaments zu wachen, wenn es nicht tagt, aufgelöst worden ist oder nach Beendigung seiner Wahlperiode. In den beiden letzten Fällen wird er seine Aufgaben wahrnehmen, bis das neue Parlament sich konstituiert hat, dem er einen Rechenschaftsbericht vorlegen wird.

Artikel 26

1. Die Initiative für die Ausübung der gesetzgebenden Gewalt steht den Abgeordneten und der Regierung der Balearischen Inseln zu.

2. Die Inselräte können von der Regierung die Einbringung einer Gesetzesvorlage verlangen oder dem Parlamentsvorstand eine eigene Gesetzesvorlage zukommen lassen und eine Abordnung von höchstens drei Mitgliedern für deren Befürwortung vor der Kammer entsenden.

3. Die Volksinitiative wird in der Form und unter den Bedingungen ausgeübt, die das Gesetz festlegt.

Artikel 27

1. Die legislative Gewalt wird vom Parlament durch die Ausarbeitung von Gesetzen ausgeübt. Das Parlament kann unter denselben Bedingungen und Voraussetzungen, die in den Artikeln 82, 83 und 84 der Verfassung vorgesehen sind, der Regierung der autonomen Gemeinschaft die Befugnis übertragen, Vorschriften mit Gesetzesrang zu erlassen. Die Befugnis, Gesetze zu verabschieden, die zu ihrer Billigung eine besondere Mehrheit erfordern oder dass die erforderliche Mehrheit mit den getrennt gezählten Stimmen von Abgeordneten erzielt wird, die mindestens zwei verschiedene Inseln vertreten, darf nicht übertragen werden.

2. Die Gesetze des Parlaments werden im Namen des Königs durch den Präsidenten der autonomen Gemeinschaft verkündet, der ihre Veröffentlichung im Amtlichen Gesetzblatt der Balearischen Inseln (*Butlletí Oficial de les Illes Balears*) innerhalb fünfzehn Tage nach deren Verabschiedung anordnen wird, sowie im Amtlichen Gesetzblatt des Staates (*Boletín Oficial del Estado*). Für deren Inkrafttreten gilt das Datum der Veröffentlichung im Amtlichen Gesetzblatt der Balearischen Inseln. Die amtliche spanische Fassung wird vom Präsidialamt der autonomen Gemeinschaft geliefert.

Artikel 28

Das Parlament ist zuständig für:

1. Die Wahl, unter Anwendung des Prinzips der verhältnismäßigen Vertretung, des Senators oder der Senatoren, die nach Maßgabe des Artikels 69.5 der Verfassung die Balearischen Inseln im Senat vertreten sollen. Die Gewählten scheidern aus dem Amt in den in der Rechtsordnung vorgesehenen Fällen und auf jedem Fall bei Beendigung der Wahlperiode des Parlaments der Balearischen Inseln aus, während der sie gewählt wurden, nachdem die neuen Senatoren ihr Amt angetreten haben. Im Falle der Auflösung des Senats wird das Parlament der Balearischen Inseln denselben Senatoren das Beglaubigungsschreiben ihrer Ernennung überreichen, und sie werden ihr Mandat weiter ausüben, bis die Wahlperiode des Parlaments beendet und die neuen Senatoren gewählt sind.

2. Die Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen zur Eingabe beim Vorstand des spanischen Staatsparlaments und die Benennung von höchstens drei Abgeordneten, die sie dort nach Maßgabe des Artikels 87.2 der Verfassung vertreten sollen.

3. Das Ersuchen an die Staatsregierung zu richten, eine Gesetzesvorlage zu erarbeiten.

4. Das Einlegen einer Berufung wegen Verfassungswidrigkeit vor dem Verfassungsgericht in den von den geltenden Gesetzen vorgesehenen Fällen.

5. Die Festlegung der Vorsorge politischer, sozialer und wirtschaftlicher Art, die nach Maßgabe der Bestimmungen des Absatz 2 des Artikels 131 der Verfassung für die Ausarbeitung der Planungsvorhaben getroffen werden muss.

6. Die Billigung und Entscheidung über die Übertragung oder Delegation von Zuständigkeiten zugunsten der Inselräte und anderer Kommunalverwaltungen der autonomen Gemeinschaft.

7. Die Prüfung und Billigung der Buchhaltung der autonomen Gemeinschaft, unbeschadet der Kontrolle, die anderen Organen des Staates oder der autonomen Gemeinschaft zukommen mag.

Artikel 29

Zur Verteidigung der Freiheiten und der Grundrechte der Bürger sowie zur Überprüfung und Untersuchung des Gebarens der öffentlichen Verwaltung der Balearischen Inseln wird das Parlament durch Gesetz die Institution des Bürgerbeauftragten *Sindicatura de Greuges* schaffen. Der Bürgerbeauftragte wird vom Parlament mit den Stimmen von drei Fünfteln der Abgeordneten gewählt. Der Bürgerbeauftragte handelt als Hoher Kommissar des Parlaments und liefert ihm einen Rechenschaftsbericht über seine Tätigkeit.

KAPITEL II DER PRÄSIDENT

Artikel 30

1. Der Präsident der Balearischen Inseln wird vom Parlament unter seinen Mitgliedern gewählt und vom König ernannt.

2. Der vorgeschlagene Kandidat legt dem Parlament das politische Programm der Regierung vor, die er zu bilden beabsichtigt, und nach vorheriger Debatte ersucht er sein Vertrauen.

3. Wenn das Parlament dem Kandidaten mit der Stimme der absoluten Mehrheit seiner Mitglieder sein Vertrauen ausspricht, wird er nach Maßgabe der Bestimmung im Absatz 1 dieses Artikels zum Präsidenten ernannt.

Wenn er diese Mehrheit nicht erreicht, wird über den gleichen Vorschlag achtundvierzig Stunden nach der ersten Abstimmung erneut abgestimmt, und das Vertrauen wird mit einfacher Mehrheit ausgesprochen.

4. Wenn bei diesen Abstimmungen das Vertrauen des Parlaments nicht ausgesprochen wird, werden andere Vorschläge in der in den obigen Absätzen vorgesehenen Form eingebracht.

5. Wenn nach Ablauf von sechzig Tagen nach der ersten Abstimmung für die Investierung noch kein Kandidat das Vertrauen des Parlaments erworben hat, wird das Parlament aufgelöst, und es werden Neuwahlen ausgeschrieben. Die Wahlperiode des neuen Parlaments wird in jedem Falle die Dauer haben, die das vorherige Parlament haben sollte.

Artikel 31

1. Der Präsident der Balearischen Inseln ernennt und entlässt die Mitglieder, die die Regierung bilden sollen, leitet und koordiniert deren Tätigkeit und übt die höchste Vertretung der autonomen Gemeinschaft aus, sowie die gewöhnliche des Staates auf den Balearischen Inseln.

2. Der Präsident kann einem der Regierungsmitglieder Exekutiv- und Koordinierungsaufgaben vorübergehend übertragen.

3. Nach vorheriger Beratung in der Regierung kann der Präsident im Parlament die Vertrauensfrage über sein Programm oder über eine allgemeine politische Erklärung stellen. Das Vertrauen gilt als ausgesprochen, wenn die einfache Mehrheit der Abgeordneten dafür stimmt.

Wenn das Parlament ihm das Vertrauen nicht ausspricht, wird der Präsident seinen Rücktritt vor dem Parlament erklären, dessen Vorsitzender innerhalb von höchstens fünfzehn Tagen die Plenarsitzung zur Wahl eines neuen Präsidenten der autonomen Gemeinschaft nach Maßgabe des in diesem Statut vorgesehenen Verfahrens einberufen wird.

4. Der Präsident ist vor dem Parlament politisch verantwortlich. Das Parlament kann die Regierung der Balearischen Inseln durch die Annahme eines Misstrauensvotums zur Verantwortung ziehen, das von mindestens fünfzehn Prozent der Abgeordneten eingebracht und mit absoluter Mehrheit gebilligt werden und einen Kandidaten für das Präsidentenamt enthalten muss.

5. Wenn das Misstrauensvotum nicht gebilligt wird, dürfen die Abgeordneten, die es unterzeichnet haben, kein anderes in der selben Sitzungsperiode einbringen. Wenn es gebilligt wird, scheiden der Präsident und seine Regierung aus dem Amt aus, und der Kandidat, der im Misstrauensvotum vorgeschlagen wurde, wird vom König zum Präsidenten ernannt.

6. Die strafrechtliche Verantwortung des Präsidenten kann in gleicher Form wie für die Abgeordneten des Parlaments der Balearischen Inseln gefordert werden.

7. Ein mit absoluter Mehrheit verabschiedetes Gesetz des Parlaments regelt die Form der Wahl des Präsidenten, sein Personalstatus und die anderen ihm eigenen Befugnisse.

8. Bei Abwesenheit oder Erkrankung des Präsidenten werden die Balearischen Inseln durch den Parlamentspräsidenten vertreten, unbeschadet davon, dass ein vom Präsidenten bestimmtes Mitglied der Regierung ihr vorübergehend vorsitzt.

9. Der Präsident darf kein anderes öffentliches Amt im Bereich der Balearischen Inseln ausüben.

KAPITEL III DIE REGIERUNG DER BALEARISCHEN INSELN

Artikel 32

1. Die Regierung der Balearischen Inseln ist das kollegiale Organ mit Exekutiv- und Verwaltungsbefugnissen.

2. Die Regierung besteht aus dem Präsidenten, gegebenenfalls dem Vizepräsidenten und den Landesministern oder *Consellers*.

3. Ein mit absoluter Mehrheit verabschiedetes Gesetz des Parlaments regelt den Aufbau der Regierung, die Befugnisse und das Personalstatus ihrer Mitglieder.

4. Die Regierung ist solidarisch vor dem Parlament politisch verantwortlich, unbeschadet der unmittelbaren Haftung eines jeden ihrer Mitglieder für seine Amtsführung.

5. Die strafrechtliche Verantwortung der Mitglieder der Regierung kann in gleicher Form wie für die Abgeordneten des Parlaments gefordert werden.

6. Sitz der Regierung ist die Stadt Palma, aber sie kann nach vorheriger Einberufung in jedem anderen Ort des Gebiets der autonomen Gemeinschaft tagen.

7. Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statuts kann die Regierung in irgendeiner der Inseln Behörden, Dienst- und Nebenstellen einrichten.

8. Die Regierung beendet ihr Amt:

- a) Nach den Wahlen zum Parlament.
- b) Durch Rücktritt, Amtsunfähigkeit oder Tod ihres Präsidenten.
- c) Durch Verlust des Vertrauens des Parlaments oder durch dessen Annahme eines Misstrauensvotums.

Die ausscheidende Regierung führt bis zur Amtsübernahme der neuen Regierung die Geschäfte weiter.

Artikel 33

Die Regierung hat die Ordnungsgewalt und erstellt den Haushalt der autonomen Gemeinschaft. Durch Gesetz können ihr andere Befugnisse zuerkannt werden.

Artikel 34

Unter den Voraussetzungen und in der Form, die in der Verfassung und in dem organischen Gesetz über das Verfassungsgericht vorgesehen sind, kann die Regierung Verfassungsbeschwerde einlegen, Zuständigkeitskonflikte aufwerfen und beim Verfassungsgericht vorstellig werden.

Artikel 35

Alle Vorschriften, Verfügungen und Handlungen der Regierung und der Verwaltung der autonomen Gemeinschaft, die es erfordern, werden im Amtlichen Gesetzblatt der Balearischen Inseln veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ist für die Gültigkeit der Handlungen und für das Inkrafttreten der Verfügungen und Vorschriften der autonomen Gemeinschaft voll ausreichend. Die Veröffentlichung im Amtlichen Gesetzblatt des Staates richtet sich nach den vom Staat erlassenen Vorschriften.

KAPITEL IV DIE INSELRÄTE

Artikel 36

Die Regierung, die Verwaltung und die Vertretung der Inseln Mallorca, Menorca, Eivissa und Formentera und der ihnen anliegenden Inseln stehen den Inselräten zu, die für die Verwaltung ihrer Interessen autonom sind, in Einklang mit der Verfassung, diesem Statut und den Bestimmungen der Gesetze des Parlaments.

Artikel 37

1. Jeder Inselrat besteht aus den für das Parlament gewählten Abgeordneten der Inseln Mallorca, Menorca, Eivissa und Formentera.

2. Das Amt des Präsidenten der Illes Balears, des Parlamentspräsidenten, der Mitglieder der Regierung, des Senators für die autonome Gemeinschaft und der Fraktionsvorsitzenden mit Ausnahme des Vorsitzenden der eventuell vorhandenen gemischten Fraktion ist mit dem Amt eines Inselratsmitglieds unvereinbar.

Die Unvereinbarkeit besteht weiter im Falle der Beendigung, aus welchen Gründen auch immer, der Ausübung des unvereinbaren Amtes.

Im betreffenden Inselrat werden sie durch die Kandidaten ersetzt, die den Listenplatz einnehmen, der auf den Letztgewählten der entsprechenden Kandidatur folgt. Die Ersatzmitglieder in den Inselräten sind nicht Abgeordnete.

3. Das Mitglied eines Inselrats, das für das offene Amt des Präsidenten der Balearischen Inseln, des Parlamentspräsidenten, eines Regierungsmitglieds, des Senators für die autonome Gemeinschaft oder des Vorsitzenden einer Fraktion gewählt wird, endigt in seiner Eigenschaft als Mitglied seines Inselrats und wird darin durch den Kandidaten ersetzt, der auf den als solches Mitglied des Inselrats Letztgewählten der entsprechenden Kandidatur folgt.

4. Die Abgeordneten können auf die Mitgliedschaft in ihrem Inselrat verzichten, ohne die Eigenschaft als Abgeordnete zu verlieren. In diesem Fall stellt der Wahlausschuss der Balearischen Inseln das Beglaubigungsschreiben dem Kandidaten, der den Listenplatz einnimmt, der auf den Letztgewählten der entsprechenden Kandidatur folgt.

Ebenso können die Mitglieder eines Inselrats auf ihre Eigenschaft als Abgeordnete verzichten, ohne die Eigenschaft als Inselratsmitglied zu verlieren.

Der Verzicht in die eine oder andere Richtung ist unwiderruflich.

5. Die im obigen Absatz erwähnten Verzichtsmöglichkeiten bleiben darauf beschränkt, dass die in Absatz 2 festgelegten unvereinbaren Ämter und die freiwilligen Verzicht zusammen genommen nicht mehr als fünfzig Prozent der für jede Kandidatur in jedem Wahlbezirk Gewählten ausmachen. Von dieser Beschränkung bleibt der im Wahlbezirk Formentera gewählte Abgeordnete ausgenommen.

6. Dem Inselratsmitglied, das deswegen nicht das Amt eines Abgeordneten bekleidet, weil es für einen der von Unvereinbarkeit betroffenen oder für einen Abgeordneten, der freiwillig auf das Amt als Inselratsmitglied verzichtet hat, in den Inselrat nachgerückt ist, wird das Beglaubigungsschreiben als Abgeordneter des Parlaments der Balearischen Inseln ausgestellt, falls ein Abgeordnetenamt erneut durch Verzicht eines Abgeordneten seiner Kandidatur frei wird.

Artikel 38

Bei Neuwahlen oder bei einer Parlamentsauflösung führen die Abgeordneten und die Mitglieder der Inselräte die ihnen in ihrem jeweiligen Inselrat anvertrauten Amtsgeschäfte weiter, bis der neue Inselrat sich konstituiert hat.

Artikel 39

Außer den Kompetenzen, die ihnen als Kommunalverwaltung zukommen, haben die Inselräte die Berechtigung, in ihrem Territorialbereich die ausführende

Funktion und die Abwicklung folgender Sachbereiche zu übernehmen, in dem Maße wie sie ihrerseits von der autonomen Gemeinschaft nach Maßgabe dieses Statuts übernommen werden:

1. Territoriale Abgrenzungen, Änderung der Gemeindegrenzen und amtliche Namensgebung der Gemeinden und Ortsnamen.
2. Bergwirtschaft, Nutzung der Wälder, Triftwege und Weiden.
3. Landwirtschaft und Viehzucht in Einklang mit der allgemeinen Wirtschaftsordnung.
4. Fischerei und Freizeitgestaltung in inneren Gewässern, Zucht und Sammlung von Meeresfrüchten, Fischzucht und Jagd.
5. Wasserressourcen und Wassernutzung, Kanäle und Bewässerungsanlagen, allgemeine Wasserwirtschaft. Mineralwasser, Thermalquellen und Grundwassernutzung.
6. Archäologie-, Geschichts-, Kunst- und Denkmalerbe, Archive und Bibliotheken, Museen, Musikschulen und schöne Künste.
7. Soziale Fürsorge und soziale Dienste. Soziale Förderung der Kinder, der Frau, der Familie, der älteren Menschen, der physisch, geistig und Gefühlsbehinderten. Wohltätigkeits- und Pflegeeinrichtungen.
8. Raumordnung, Städteplanung und Wohnungswesen, Umwelt und Ökologie.
9. Landstraßen, Wege, Zufluchtshäfen und Sportflughäfen und überhaupt alle, die keine Handelsaktivitäten entwickeln.
10. Personen- und Warentransport innerhalb der betreffenden Insel.
11. Öffentliche Bauten.
12. Förderung des Fremdenverkehrs. Ordnung des Fremdenverkehrswesens in ihrem territorialen Bereich.
13. Sport und Freizeitgestaltung.
14. Statistiken von Inselinteresse.
15. Bewachung und Schutz ihrer Gebäude und Einrichtungen.
16. Mustermessen auf Inselebene. Ursprungszeugnisse.
17. Förderung der Kultur.
18. Gesundheitswesen und Hygiene.
19. Erziehungswesen.
20. Koordinierung des Zivilschutzes.
21. Kunsthandwerk.
22. Genossenschaften und Kammern.
23. Wirtschaftsplanung und -entwicklung auf dem Gebiet der jeweiligen Insel in Einklang mit den Grundlagen und der allgemeinen

Koordinierung der Wirtschaftstätigkeit des Staates und der autonomen Gemeinschaft.

24. Verträge und Verwaltungskonzessionen in Bezug auf die Sachbereiche, deren Abwicklung in ihrem territorialen Bereich ihnen zusteht.
25. Klassifizierte Tätigkeiten.
26. Krankenhauskoordinierung, einschließlich der Krankenhäuser der Sozialversicherungsanstalt.
27. Arbeitsgesetzgebung des Staates.
28. Unterhaltungsaufführungen und Freizeitaktivitäten.
29. Öffentliche Anstalten zum Schutz und Vormundschaft Minderjähriger.
Und ganz allgemein alle anderen, die in ihrem territorialen Bereich den jeweiligen Interessen entsprechen, in Einklang mit den Kompetenzübertragungen oder -delegationen, die zu diesem Zweck festgelegt werden.

Artikel 40

1. Die Koordinierung der Tätigkeit der Inselräte in allem, was die Interessen der autonomen Gemeinschaft betreffen kann, steht der Regierung als für die Regionalpolitik Verantwortlicher und als oberstes Organ der autonomen Verwaltung zu.

2. Erfolgt die Kompetenzübertragung durch ein Gesetz des Parlaments, so werden dabei die Art der Kontrolle und Koordinierung festgelegt, die der Regierung der autonomen Gemeinschaft vorbehalten bleiben.

KAPITEL V KONSULTATIONS- UND BERATUNGSORGANE

Artikel 41

1. Der Konsultationsrat der Balearischen Inseln ist das oberste Konsultationsorgan der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln.

2. Der Konsultationsrat besteht aus sieben Juristen von anerkanntem Ansehen, von denen drei vom Parlament mit der Zustimmung von drei Fünfteln der Abgeordneten gewählt werden.

3. Ein Gesetz des Parlaments regelt den Aufbau und die Arbeitsweise des Konsultationsrats.

Artikel 42

1. Der Wirtschafts- und Sozialrat der Balearischen Inseln ist das kollegiale Organ für die Teilnahme, Analyse, Beratung und Vorschlagsausarbeitung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

2. Ein Gesetz des Parlaments regelt dessen Zusammensetzung, die Ernennung seiner Mitglieder, den Aufbau und die Funktionen.

KAPITEL VI ÖFFENTLICHE VERWALTUNG DER BALEARISCHEN INSELN

Artikel 43

Die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln ist zuständig für die Schaffung und Strukturierung ihrer eigenen öffentlichen Verwaltung im Rahmen der allgemeinen Grundsätzen und der Grundvorschriften der Gesetzgebung des Staates und dieses Statuts.

Artikel 44

Die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln übt ihre Verwaltungsfunktionen durch die der Regierung der Balearischen Inseln unterstellten Stellen und Organe sowie durch die Inselräte und die Gemeinden aus.

KAPITEL VII DIE KONTROLLE DER GEWALTEN DER AUTONOMEN GEMEINSCHAFT

Artikel 45

1. Die Gesetze des Parlaments der Balearischen Inseln sind vom verwaltungsgerichtlichen Einspruch ausgeschlossen und nur der vom Verfassungsgericht vorgenommenen Kontrolle ihrer Verfassungsmäßigkeit unterworfen.

2. Gegen die Handlungen, Beschlüsse und Vorschriften der Exekutiv- und Verwaltungsorgane der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln kann vor der Verwaltungsgerichtsbarkeit Einspruch erhoben werden.

Artikel 46

1. Unbeschadet der Kompetenzen des Rechnungshofs ist die Rechnungsprüfungsstelle *Sindicatura de Comptes* das Organ, dem die Aufgabe der Außenkontrolle der Wirtschaftstätigkeit, des Finanz- und des Buchhaltungsgebarens der öffentlichen Hand der autonomen Gemeinschaft zukommt.

2. Die Rechnungsprüfungsstelle besteht aus drei vom Parlament mit der Mehrheit von drei Fünfteln der Abgeordnetenstimmen gewählten Rechnungsprüfungsbeauftragten.

3. Ein Gesetz des Parlaments regelt ihre Arbeitsweise und ihren Aufbau.

KAPITEL VIII RECHTSNORMEN DER AUTONOMEN GEMEINSCHAFT

Artikel 47

Die in diesem Statut festgelegten Zuständigkeiten beziehen sich auf das Gebiet der Balearischen Inseln.

Artikel 48

In den Sachbereichen ihrer ausschließlichen Zuständigkeit steht dem Parlament der Balearischen Inseln die gesetzgeberische Gewalt nach den Bestimmungen dieses Statuts und der darin erwähnten Gesetze des Staates zu, und der Regierung der autonomen Gemeinschaft die ausführende Funktion einschließlich der Ordnungsgewalt und der Inspektion.

Artikel 49

1. Was die in Artikel 11 vorgesehenen Kompetenzen betrifft, ist die autonome Gemeinschaft für die gesetzgeberische Weiterentwicklung und die ausführende Funktion im Rahmen der Bestimmungen der grundlegenden Gesetzgebung des Staates zuständig.

2. Für die in Artikel 12 aufgeführten Kompetenzen kann die ausführende Gewalt der autonomen Gemeinschaft die Ordnungsgewalt mit sich bringen, wenn diese sich aus gesetzgeberischer Habilitation oder Delegation ergibt.

3. Die Ordnungsgewalt gebührt der Regierung der Balearischen Inseln. Dessen unbeschadet haben die Inselräte organisatorische Ordnungsbefugnis, um ihre eigene Funktionsweise zu regeln.

4. Die Inselräte haben nur dann normative Ordnungsgewalt, wenn diese sich aus Habilitation durch ein Gesetz des Staates oder des Parlaments ergibt.

5. Ausser den Kompetenzen, die ihnen nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statuts zustehen, haben die Inselräte gegebenenfalls die Abwicklungs- und Ausführungsbefugnis der Beschlüsse der Regierung der Balearischen Inseln in ihrem territorialen Bereich.

Artikel 50

1. Auf dem Gebiet der Balearischen Inseln und in den Sachbereichen der ausschließlichen Zuständigkeit der autonomen Gemeinschaft ist das Sonderrecht der Balearischen Inseln nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Statuts vorrangig vor jedem anderen anzuwenden.

2. Bei der Feststellung der Quellen des Zivilrechts der Balearischen Inseln sind dessen Bestimmungen zu respektieren.

3. In allem, was das Sonderrecht der Balearischen Inseln nicht regelt, findet ergänzend das Recht des Staates Anwendung.

VIERTER ABSCHNITT DER AUFBAU DER GERICHTE

Artikel 51

Der Oberste Gerichtshof der Balearischen Inseln ist das Rechtsprechungsorgan, in dem der gerichtliche Aufbau der Balearischen Inseln in ihrem territorialen Bereich gipfelt und vor dem die aufeinanderfolgenden Verfahrensstufen erschöpft werden, nach Maßgabe und unter den Bedingungen, die sich aus dem organischen Gesetz der gesetzgebenden Gewalt und anderen ergänzenden Bestimmungen ergeben.

Artikel 52

1. Die Zuständigkeit der Rechtsprechungsorgane auf den Balearischen Inseln erstreckt sich:

- a) In zivilrechtlicher Hinsicht auf alle Instanzen und Grade einschließlich der Kassationsklage und der Revision in Sachen des zivilen Sonderrechts der Balearischen Inseln.
- b) In Verwaltungsstreitsachen auf die gegen Handlungen und Verfügungen der öffentlichen Verwaltungen gerichteten Einsprüche nach Maßgabe der Bestimmungen des organischen Gesetzes der gesetzgebenden Gewalt.
- c) In strafrechtlicher und sozialer Hinsicht auf alle Instanzen und Grade mit Ausnahme der Kassations- und Revisionsklagen.
- d) Auf die Kompetenzfragen zwischen den Rechtsprechungsorganen auf den Balearischen Inseln.
- e) Auf die Einsprüche gegen Qualifizierung von Urkunden bezüglich des Sonderrechts der Balearischen Inseln, die ins Grundbuch eingetragen werden sollen.

2. In den übrigen Sachbereichen kann der Kassationseinspruch erhoben oder ein sonstiger, nach den Gesetzen des Staates entsprechender Antrag beim Obersten Gerichtshof eingereicht werden. Der Oberste Gerichtshof entscheidet auch über Kompetenzstreitigkeiten und Rechtsprechungszuständigkeiten zwischen den Gerichten der Balearischen Inseln und des übrigen Spaniens.

Artikel 53

1. Der Präsident des Obersten Gerichtshofs der Balearischen Inseln wird vom König auf Vorschlag des Obersten Rats der Rechtsprechenden Gewalt ernannt. Der Präsident der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln wird die Veröffentlichung dieser Ernennung im Amtlichen Gesetzblatt der Balearischen Inseln anordnen.

2. Die Ernennung der Gerichtsräte, Richter, Staatsanwälte und Gerichtsssekretäre, die ihren Dienst auf den Balearischen Inseln leisten, wird in der Form vorgenommen, die im organischen Gesetz der Rechtsprechenden Gewalt, das im Artikel 122 der Verfassung erwähnt wird, vorgesehen ist.

Artikel 54

1. Auf Ersuchen der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln wird das dafür zuständige Organ die Stellenausschreibungen und andere Auswahlprüfungen zur Besetzung der auf den Balearischen Inseln freien Stellen von Gerichtsräten, Richtern, Gerichtsssekretären und sonstigem Personal im Dienste der Justizverwaltung vornehmen.

2. Bei der Entscheidung der Stellenausschreibungen und Auswahlprüfung zur Besetzung der Stellen von Gerichtsräten und Richtern werden die Spezialisierung auf das Sonderrecht der Balearischen Inseln und die Kenntnis der katalanischen Sprache als Vorzugsverdienst gewertet.

3. Für den Aufbau und die Arbeitsweise der Staatsanwaltschaft ist der Staat nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze allein zuständig.

Artikel 55

Was die Justizverwaltung betrifft, ist die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln mit Ausnahme der Militärjustizverwaltung zuständig für:

1. Die Ausübung aller Befugnisse, die die organischen Gesetze der rechtsprechenden Gewalt und des Generalrats der rechtsprechenden Gewalt der Regierung des Staates zuerkennen oder zuteilen.
2. Die Beteiligung an der Festlegung der territorialen Zuständigkeitsbereiche der Rechtsprechungsorgane auf den Balearischen Inseln und an der Bestimmung ihres jeweiligen Hauptsitzes.

Artikel 56

1. Die autonome Gemeinschaft beteiligt sich an der Festlegung der territorialen Zuständigkeitsbereiche der Gerichte und der auf ihrem Gebiet tätigen Notariate, Grundbuchämter und Handelsregister.

2. Den Bestimmungen der Gesetze des Staates gemäß ernennt die autonome Gemeinschaft die Notare, die Beamten der Grundbuchämter und Handelsregister und die Handelsmakler. Zur Besetzung dieser Stellen werden die Spezialisierung auf das Sonderrecht der Balearischen Inseln und die Kenntnis der katalanischen Sprache als Vorzugsverdienst gewertet. Die Herkunft oder der Wohnsitz dürfen in keinem Falle als Ausschlusskriterium dienen.

Artikel 57

Die Dreiervorschläge, die das Parlament zur Ernennung der Richter des Obersten Gerichtshofs der Balearischen Inseln dem Generalrat der rechtsprechenden Gewalt vorlegen muss, werden mit einer Mehrheit von drei Fünfteln der Abgeordneten gewählt.

ABSCHNITT FÜNF FINANZVERWALTUNG, VERMÖGEN UND WIRTSCHAFT

Artikel 58

1. Im Rahmen der Grundsätze der Koordinierung mit der Finanzverwaltung des Staates und der kommunalen Körperschaften, und gemäß der Verfassung, den organischen Gesetzen, die diese Sachbereiche regeln, und diesem Statut, hat die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln Finanzhoheit sowie eigene Herrschaft und Vermögen.

2. Die Finanzhoheit hat nach dem Grundsatz der Hinlänglichkeit der Mittel dafür zu sorgen, dass die autonome Gemeinschaft die ihr eigenen Kompetenzen ausüben kann.

3. Die autonome Gemeinschaft ist verpflichtet, für das eigene territoriale Gleichgewicht zu sorgen, insbesondere zwischen den verschiedenen Inseln, aus denen sie besteht, um die volle Verwirklichung des Solidaritätsprinzips zu ermöglichen.

4. Die autonome Gemeinschaft genießt in jeder Hinsicht die gleiche fiskalische Behandlung, die das Gesetz für den Staat festlegt.

5. Ein Gesetz des spanischen Staatsparlaments regelt die spezifische Anerkennung der Besonderheit der Insellage als Gewähr für die Solidarität und das interterritoriale Gleichgewicht.

Artikel 59

1. Das Vermögen der autonomen Gemeinschaft besteht aus:

- a) Dem Vermögen der Gemeinschaft zur Zeit der Verabschiedung des Autonomiestatuts.
- b) Den Gütern und Rechten, die den Dienstbereichen zugeschrieben sind, die der autonomen Gemeinschaft übertragen werden.
- c) Den von der autonomen Gemeinschaft durch jedweden gültigen Rechtstitel erworbenen oder zu erwerbenden Gütern.

2. Ein Gesetz des Parlaments der Balearischen Inseln regelt die Verwaltung, Kontrolle, Verteidigung, Erhaltung und Forderung dieses Vermögens.

Artikel 60

Die Finanzmittel der autonomen Gemeinschaft bestehen aus:

- a) Den aus ihrem Vermögen entstehenden Einnahmen.
- b) Den aus ihren eventuellen privatrechtlichen Tätigkeiten entstehenden Einnahmen.
- c) Dem Ertrag aus ihren eigenen Steuern, Gebühren und Sondersteuern.
- d) Den vom Staat ganz oder teilweise überlassenen Steuern.
- e) Den Aufschlägen auf staatliche Steuern.
- f) Der Beteiligung an den Einnahmen des Staates.
- g) Dem Ertrag aus Geldstrafen und Sanktionen im Bereich der von ihr ausgeübten Kompetenzen.
- h) Den im Staatshaushalt zugewiesenen Beträge.
- i) Den Überweisungen aus dem interterritorialen Ausgleichsfonds und anderen Fonds zur Entwicklung der Balearischen Inseln.
- j) Den Erträgen aus Kreditgeschäften.
- k) Jedweder anderen Art von Einnahmen, die kraft Gesetzes erzielt werden können.

Artikel 61

1. Der Verfassung und den Gesetzen gemäß kann die autonome Gemeinschaft ihre eigenen Steuern einführen und anfordern, mit denen jedoch nicht Steuergegenstände belegt werden dürfen, die bereits vom Staat besteuert werden.

2. Belegt der Staat Steuergegenstände mit Steuern, die bereits von der autonomen Gemeinschaft besteuert werden, und mindern sich dadurch deren Einnahmen, so bringt das die Verpflichtung mit sich, die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen zugunsten der autonomen Gemeinschaft festzulegen.

3. In den Fällen und unter den Bedingungen, die die Kommunalgesetzgebung vorsieht und festlegt, kann die autonome Gemeinschaft Steuergegenstände steuerlich belegen und betreiben, die diese Gesetzgebung den kommunalen Institutionen zuweist. In jedem Fall müssen die geeigneten Ausgleichs- oder Koordinierungsmaßnahmen zugunsten der Kommunen getroffen werden, damit ihre Einnahmen weder vermindert noch in ihren künftigen Wachstumsmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Artikel 62

1. Die autonome Gemeinschaft kann auf die Nutzung ihres öffentlichen Bereichs, auf die Leistung eines öffentlichen Dienstes oder auf die Ausübung einer Tätigkeit, die auf den Steuerpflichtigen spezifisch bezogen ist oder ihn betrifft oder aus der er einen Nutzen zieht, Gebühren erheben.

2. Übertragen der Staat oder die kommunalen Körperschaften der autonomen Gemeinschaft Güter des öffentlichen Bereichs, für deren Nutzung Gebühren festgelegt sind, oder Kompetenzen, in deren Ausführung oder Abwicklung eine Dienstleistung stattfindet oder Tätigkeiten ausgeführt werden, auf die ebenfalls Gebühren erhoben werden, so werden diese als eigene Steuern der autonomen Gemeinschaft betrachtet.

Der veranschlagte Ertrag jeder Gebühr für eine Dienstleistung oder für die Ausführung von Tätigkeiten darf die Kosten des Dienstes oder der Tätigkeit nicht übersteigen.

Artikel 63

Die autonome Gemeinschaft darf Sondersteuern erheben, wenn der Steuerpflichtige einen Nutzen oder eine Wertsteigerung seines Vermögens als Folge von öffentlichen Bauten erzielt, die die Gemeinschaft durchführt, oder von Dienstleistungen, die sie auf ihre Kosten schafft oder erweitert.

Die Einnahme aus der Sondersteuer darf die von der autonomen Gemeinschaft getragenen Kosten der öffentlichen Bauten oder der Errichtung oder Erweiterung des Dienstes nicht übersteigen.

Artikel 64

Die autonome Gemeinschaft kann auf die vom Staat überlassenen Steuern sowie auf die nicht überlassenen Steuern, die das Einkommen oder das Vermögen der natürlichen Personen belastet, die im Gebiet der Gemeinschaft ihren Steuersitz haben, Zuschläge erheben, wobei jedoch die Einnahmen des Staates aus diesen Steuern nicht vermindert noch deren Wesen oder Struktur verändert werden dürfen.

Artikel 65

Die autonome Gemeinschaft verfügt über eine prozentuale Beteiligung an den Einnahmen der nicht überlassenen staatlichen Steuern, die nach Maßgabe der im organischen Gesetz über die Finanzierung der autonomen Gemeinschaften festgelegten Grundsätze ausgehandelt wird, und bei der wegen der Insellage, der Spezialisierung ihrer Wirtschaft und der erheblichen Saisonschwankungen ihrer Produktivität der höchste durchschnittliche Kostensatz für die Sozial- und Verwaltungsdienste der autonomen Gemeinschaft zugrunde gelegt wird.

Artikel 66

1. Die autonome Gemeinschaft kann Kreditgeschäfte tätigen, die unter einem Jahr befristet sind, um dringende Liquiditätsbedürfnisse zu decken.

2. Sie kann auch Kreditgeschäfte über einem Jahr tätigen, ganz gleich unter welchen Rechtstiteln, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- a) Der Gesamtbetrag des Kredits darf ausschließlich zur Bestreitung von Investitionsausgaben verwendet werden.
- b) Der Gesamtbetrag der Jahrestilgungsraten für Kapital und Zinsen darf 25 Prozent der laufenden Einnahmen der autonomen Gemeinschaft nicht übersteigen.

3. Die öffentliche Schuld und die gleichartigen Wertpapiere, die die autonome Gemeinschaft ausgeben kann, bleiben den gleichen Normen unterworfen und genießen die gleichen Vorteile und Bedingungen wie die Staatschuld.

4. Der Umfang und die Merkmale der Ausgabe werden in Einklang mit der allgemeinen Regelung der Kreditpolitik und in Koordinierung mit dem Staat festgelegt.

Artikel 67

1. Unbeschadet der Zusammenarbeit, die mit der staatlichen Steuerverwaltung vereinbart werden kann, insbesondere wenn die Art der Steuer es erfordert, steht der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln die Bearbeitung, Abrechnung, Eintreibung und Inspektion ihrer eigenen Steuern zu.

2. Im Falle der überlassenen Steuern übernimmt die autonome Gemeinschaft im Auftrag des Staates deren Bearbeitung, Abrechnung, Eintreibung, Inspektion und gegebenenfalls ihre Überprüfung, unbeschadet der Zusammenarbeit, die zwischen den beiden Verwaltungen nach Maßgabe des Gesetzes vereinbart werden kann, das die Reichweite und die Bedingungen der Steuerüberlassung festlegt.

3. Was die Bearbeitung, Abrechnung, Eintreibung, Inspektion und gegebenenfalls Überprüfung der restlichen, in der autonomen Gemeinschaft eingezogenen staatlichen Steuern betrifft, so hat diese die Befugnisse, die sich aus dem vom Staat erhaltenen Auftrag ergeben, und in jedem Falle diejenigen, die in der zu vereinbarenden Zusammenarbeit festgelegt werden.

Artikel 68

Für die Abwicklung und Ausführung ihrer Aufgaben und Kompetenzen genießen die Inselräte Finanzhoheit, die nach dem Grundsatz der Hinlänglichkeit der Mittel für die angemessene Erfüllung der ihnen eigenen Kompetenzen zu sorgen hat.

Artikel 69

Die Finanzmittel der Inselräte bestehen aus:

1. Den eigenen, in der staatlichen Gesetzgebung für die Inselräte als kommunale Körperschaften festgelegten Mitteln.
2. Den in den Kompetenzübertragungsgesetzen zur provisorischen Finanzierung der übertragenen Aufgaben und Dienstleistungen vorgesehenen Mitteln.
3. Den durch Gesetz des Parlaments festgelegten Zuschüssen und Kapitalüberweisungen.
4. Der Beteiligung an der Finanzierung der Gemeinschaft im Verhältnis zu den Autonomiekompetenzen, die die Inselräte als endgültige Finanzierung abwickeln.
5. Den aus dem Ausgleichsfonds zwischen den Inseln stammenden Zuweisungen, nach Maßgabe der in dem Gesetz des Parlaments festgelegten Aufteilung.
6. Jedweder Art von Einnahmen, die sie kraft Gesetzes erzielen können.

Artikel 70

Gegen die Entscheidungen der Wirtschafts- und Verwaltungsorgane der autonomen Gemeinschaft ebenso wie der staatlichen kann in jedem Falle Einspruch nach Maßgabe der Bestimmungen erhoben werden, die dieses Verfahren regeln.

Artikel 71

Das Parlament der Balearischen Inseln ist zuständig:

- a) Für die Prüfung, Billigung und Kontrolle des Haushalts der autonomen Gemeinschaft, unbeschadet der Kontrolle, die dem Rechnungshof nach Artikel 153 der Verfassung zusteht.

- b) Für die Auferlegung, Änderung und Abschaffung ihrer Gebühren, Sondersteuern und eigenen Abgaben sowie für die Festlegung der Elemente, die das steuerrechtliche Verhältnis und die Höhe der Steuerschuld bestimmen.
- c) Für die Auferlegung, Änderung und Abschaffung der Zuschläge auf staatliche Steuern.
- d) Für die Genehmigung zur Ausgabe und Umwandlung der öffentlichen Schuld, unbeschadet der gegebenenfalls erforderlichen Genehmigung durch den Staat.
- e) Für die rechtliche Regelung ihres Vermögens.

Artikel 72

Der Regierung der autonomen Gemeinschaft stehen zu:

- a) Die Ordnungsgewalt in den steuerlichen Sachen, die Eigenkompetenz der autonomen Gemeinschaft sind.
- b) Die Ordnungsgewalt für die Betreibung der vom Staat überlassenen Steuern.
- c) Die Statistik für ausschließliche Zwecke der autonomen Gemeinschaft.
- d) Die Überwachung des Finanzgebarens der kommunalen Körperschaften, unbeschadet der ihnen von der Verfassung zuerkannten Autonomie und der Bestimmungen der Kompetenzübertragungsgesetze an die Inselräte.
- e) Die Überwachung und Kontrolle des Finanzgebarens aller Institutionen und Behörden, über denen die autonome Gemeinschaft sich die Kompetenz nach Maßgabe der Bestimmungen des Zweiten Abschnitts dieses Statuts vorbehält.

Artikel 73

Zum Zwecke der Konkretisierung der Bestimmungen des Artikels 60 und insbesondere der gebietsbezogenen Beteiligung der Balearischen Inseln an den festzulegenden allgemeinen Steuern sowie der Bedingungen für die Billigung von Zuschlägen auf Abgaben des allgemeinen Steuersystems im Rahmen der Bestimmungen des Artikels 157.3 der Verfassung und der ihn entwickelnden Gesetzgebung werden die allgemeine Staatsverwaltung und die autonome Gemeinschaft ein bilaterales Abkommen unterzeichnen, das in einem gemischten Ausschuss offiziell gestaltet wird und regelmäßig gemeinsam revidiert werden kann; es wird die steuerliche Selbstanstrengung der Balearischen Inseln berück-

ksichtigen und besonders auf die Kriterien der fiskalischen Mitverantwortung und der zwischenterritorialen Solidarität achten.

Artikel 74

1. Unbeschadet der Bestimmungen des obigen Artikels wird die jährliche Beteiligung der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln an den Einnahmen des Staates, auf die sich Absatz f) des Artikels 60 bezieht, unter Berücksichtigung der Kriterien ausgehandelt, die in der Gesetzgebung, die den Artikel 157 der Verfassung entwickelt, und in jedweden anderen Gesetzen festgelegt werden, die es gestatten, die Ausübung der Kompetenzen der autonomen Gemeinschaft in ausreichender und solidarischer Form zu gewährleisten.

2. Der Prozentsatz der Beteiligung kann nur in folgenden Fällen verändert werden:

- a) Wenn die von der autonomen Gemeinschaft übernommenen Kompetenzen, die früher vom Staat ausgeübt wurden, erweitert oder vermindert werden.
- b) Wenn neue Abgaben überlassen werden.
- c) Wenn im Steuersystem des Staates wesentliche Reformen vorgenommen werden.
- d) Wenn nach Ablauf von fünf Jahren nach ihrem Inkrafttreten die erwähnte Veränderung entweder von der allgemeinen Staatsverwaltung oder von der autonomen Gemeinschaft beantragt wird.

Artikel 75

1. Das Parlament kann die Schaffung von eigenen Kreditinstituten als Instrumente der Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik der autonomen Gemeinschaft beschließen.

2. Die öffentlichen Gewalten der autonomen Gemeinschaft sind befugt, einen eigenen öffentlichen Wirtschaftssektor zu schaffen.

3. Die autonome Gemeinschaft beteiligt sich auch an der Führung des staatlichen öffentlichen Wirtschaftssektor in den Fällen und in den Aktivitäten, in denen es als geeignet erscheint.

4. Die autonome Gemeinschaft fördert wirkungsvoll die verschiedenen Formen von Unternehmensbeteiligung sowie durch eine geeignete Gesetzgebung die genossenschaftlichen Gesellschaften. Sie setzt auch die notwendigen Mittel ein, um den Arbeitern den Zugang zum Eigentum an Produktionsmitteln zu erleichtern.

ABSCHNITT SECHS DIE REFORM DES STATUTS

Artikel 76

1. Die Initiative zur Reform des Statuts steht dem Parlament auf Vorschlag eines Fünftels der Abgeordneten, der Regierung der autonomen Gemeinschaft und dem spanischen Staatsparlament zu.

2. Zur erfolgreichen Durchführung des Reformvorschlags ist die Billigung des Parlaments mit absoluter Mehrheit und die Billigung des spanischen Staatsparlaments durch ein organisches Gesetz notwendig.

3. In allem, was in diesem Artikel nicht vorgesehen ist, gelten die diesbezüglichen Verfassungsbestimmungen.

4. Befindet sich in der Abgeordnetenkammer oder dem Senat ein Reformvorschlag des Autonomiestatuts der Balearischen Inseln im Gesetzgebungsverfahren, so kann das Parlament ihn zurückziehen.

ZUSATZBESTIMMUNGEN

Erste Zusatzbestimmung

Durch eine entsprechende Verfügung des Staates und unter dessen Schutz wird ein Archivpatronat der Krone von Aragon geschaffen und dessen Zusammensetzung und Aufgaben geregelt, an dem die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln auf der gleichen Ebene wie die anderen betroffenen autonomen Gemeinschaften vorrangig beteiligt wird.

Zweite Zusatzbestimmung

Da das Katalanische auch Kulturerbe anderer autonomen Gemeinschaften ist, kann die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln die Staatsregierung und das spanische Staatsparlament ersuchen, die für die Erhaltung des gemeinsamen sprachlichen Erbes als geeignet erachteten Kooperations- und Zusammenarbeitsvereinbarungen zu treffen, sowie den kulturellen Austausch mit den erwähnten Gemeinschaften pflegen, unbeschadet der im Absatz 2 des Artikels 149 und im Artikel 145 der Verfassung festgelegten Pflichten des Staates.

Die offizielle Beratungsinstitution in allen die katalanische Sprache betreffenden Fragen ist die Universität der Balearischen Inseln. Nach Maßgabe eines Gesetzes des Staates kann die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln einer Institution angehören, die sich die Erhaltung der sprachlichen Einheit zum

Ziel setzt und die aus allen Gemeinschaften besteht, die die katalanische Sprache als Amtssprache anerkennen.

Dritte Zusatzbestimmung

Der autonomen Gemeinschaft wird der Ertrag folgender Steuern abgetreten:

- a) Einkommensteuer der natürlichen Personen mit den in der Abtretung festgelegten Einschränkungen und Bedingungen.
- b) Vermögenssteuer.
- c) Steuer über Vermögensübertragungen und beglaubigte Urkunden.
- d) Erbschafts- und Schenkungssteuer.
- e) Die allgemeine Besteuerung über den Kleinhandelsverkauf.
- f) Die spezifischen Verbrauchssteuern mit Ausnahme der durch fiskalisches Monopol eingetriebenen Steuern.
- g) Glücksspielsteuer.

Die eventuelle Abschaffung oder Änderung dieser Steuern bringt das Erlöschen oder die Änderung der Abtretung mit sich.

2. Der Inhalt dieser Bestimmung kann durch Vereinbarung zwischen der Staatsregierung und der autonomen Gemeinschaft verändert werden, die beim spanischen Parlament als Gesetzesvorlage eingebracht wird. Eine zu diesem Zweck dienende Änderung dieser Bestimmung wird nicht als Änderung des Statuts betrachtet.

Vierte Zusatzbestimmung

Der Inselrat von Eivissa und Formentera kann den Gemeinderat von Formentera an der Abwicklung der Kompetenzen beteiligen, die ihm durch Gesetz des Parlaments übertragen worden sind. Der Abwicklungsauftrag wird durch Beschluss des Inselrats nach vorheriger Einverständniserklärung des Gemeinderats von Formentera vergeben. Der Beschluss über den Abwicklungsauftrag legt die finanziellen Bedingungen und die dafür zugewiesenen persönlichen und materiellen Mittel fest.

Fünfte Zusatzbestimmung

Zu dem ausschließlichen Zweck, den Kalender der verschiedenen Wahlgänge zu koordinieren, finden die Wahlen gemäß den Verfügungen des spanischen Staatsparlaments statt.

ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Erste Übergangsbestimmung

1. Für die Übertragung der Funktionen und Dienste, die mit den Kompetenzen verknüpft sind, die nach Maßgabe dieses Statuts der autonomen Gemeinschaft der Balearischen Inseln zustehen, wird ein gemischter Ausschuss eingesetzt.

2. Der gemischte Ausschuss ist paritätisch besetzt mit Mitgliedern, die von den Regierungen des Staates und der autonomen Gemeinschaft ernannt werden. Der gemischte Ausschuss legt seine eigene Geschäftsordnung fest.

3. Die Beschlüsse des gemischten Ausschusses nehmen die Form eines Vorschlags an die Regierung des Staates, der sie durch Dekret billigen wird.

Die Beschlüsse erscheinen als Anlage des Dekrets und werden gleichzeitig im Amtlichen Gesetzblatt des Staates und im Amtlichen Gesetzblatt der Balearischen Inseln veröffentlicht und treten in Kraft vom Tage dieser Veröffentlichung an.

4. Zum Zwecke der Vorbereitung der Übertragungen, und um sie in organischen Blöcken von gleichartiger Natur auszuführen, wird der Gemischte Übertragungsausschuss durch nach Sachbereichen gebildeten Zweigausschüsse von nationaler Reichweite unterstützt, deren Hauptaufgabe, zusammen mit der Vertretung der Staatsverwaltung, die Festlegung der persönlichen, finanziellen und materiellen Mittel ist, die die autonome Gemeinschaft zu erhalten hat. Die Zweigausschüsse legen ihre Beschlussvorschläge dem Gemischten Ausschuss vor, der sie zu ratifizieren hat.

5. Die vom Gemischten Ausschuss ausgestellte Bescheinigung der ordnungsgemäß verkündeten Regierungsbeschlüsse ist ausreichender Rechtstitel, um die Übertragung der Immobiliargüter des Staates auf die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln ins Grundbuch einzutragen. Diese Bescheinigung hat die vom Hypothekengesetz geforderten Erfordernisse zu berücksichtigen.

6. Die Änderung des Mieters im Mietvertrag der übertragenen Büro- oder für anderweitige Zwecke bestimmten Räume ermächtigt den Vermieter nicht dazu, die Mietverträge zu lösen oder zu erneuern.

Zweite Übergangsbestimmung

1. Die Beamten und Arbeiter der staatlichen Dienste und anderen öffentlichen Institutionen, die von den Übertragungen auf die autonome Gemeinschaft betroffen werden, treten in deren Dienst unter Wahrung all ihrer Rechte jedweder Art und Ordnung einschließlich des Rechts auf Teilnahme an den vom Staat ausge-

schriebenen Versetzungswettbewerben ein, unter den gleichen Bedingungen der anderen Mitglieder ihres Beamtenkörpers, so dass sie ihr ständiges Optionsrecht ausüben können.

2. Die autonome Gemeinschaft der Balearischen Inseln wird die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, damit die auf den Inseln dienenden Beamten und Arbeiter die Kenntnis der Sprache und Kultur der Balearischen Inseln erlangen können.

Dritte Übergangsbestimmung

1. Bis zur Vollendung der Übertragung der durch dieses Statut der autonomen Gemeinschaft zuerkannten Kompetenzen oder in jedem Falle bis zum Ablauf von sechs Jahren nach seinem Inkrafttreten gewährleistet der Staat die Finanzierung der der autonomen Gemeinschaft übertragenen Dienste mit dem gleichen Betrag der tatsächlichen Kosten des Dienstes auf dem Gebiet der autonomen Gemeinschaft im Augenblick der Übertragung.

2. Um die Finanzierung der oben erwähnten Dienste zu gewährleisten, wird ein paritätisch besetzter, gemischter Ausschuss Staat-autonome Gemeinschaft gebildet, der eine auf die Festlegung des im Artikel 60 dieses Statuts vorgesehenen Beteiligungsprozentsatzes zielende Methode ausarbeitet. Diese Methode soll sowohl die direkten wie die indirekten Kosten der Dienste sowie die notwendigen Investitionsausgaben berücksichtigen.

3. Während der Übergangszeit wird der im obigen Absatz genannte Gemischte Ausschuss den erwähnten Prozentsatz mindestens einen Monat vor der Vorlage des allgemeinen Staatshaushalts festlegen.

4. Ausgehend von der im Absatz 2 vorgesehenen Methode wird ein Prozentsatz festgelegt, bei dem die tatsächlichen Pauschalkosten der vom Staat auf die autonome Gemeinschaft übertragenen Dienste berücksichtigt werden, vermindert um die von der autonomen Gemeinschaft aus den abgetretenen Steuern erzielte Gesamteinnahme, im Verhältnis zum Betrag der vom Staat erzielten Einnahmen aus Kapitel 1 und 2 des letzten Haushalts vor Übertragung der bewerteten Dienste.

Vierte Übergangsbestimmung

1. Die Gesetze des Staates, die der autonomen Gemeinschaft übertragenen Sachbereiche betreffen, haben solange Gültigkeit, bis das Parlament eine eigene Regelung verabschiedet. Deren Anwendung bleibt der Regierung der Gemeinschaft oder gegebenenfalls den Inselräten vorbehalten.

2. Die Ordnungsvorschriften des Staates haben solange Gültigkeit, bis die Regierung der autonomen Gemeinschaft keine anderen verfügt, die vorrangige Anwendung finden.

3. Bis zur Übernahme der ihr nach diesem Statut zustehenden Kompetenzen durch die Verwaltung der Balearischen Inseln üben alle Organe des Staates oder der kommunalen Verwaltung ihre vorherigen Aufgaben und Befugnisse weiter.

4. Bis zur Konstituierung der Rechnungsprüfungsstelle legt die Regierung der Balearischen Inseln innerhalb von drei Monaten nach Abschluss des allgemeinen Haushalts der autonomen Gemeinschaft dem Parlament der Balearischen Inseln zur gebotenen Billigung eine Abrechnung des erwähnten Einnahme- und Ausgabehaushalts.

Fünfte Übergangsbestimmung

1. Bei der Verkündung des Statuts haben die Selbstregierungsorgane der Balearischen Inseln die Kompetenzen zu respektieren, die die Inselräte von der vorautonomen Institution erhalten haben.

2. Auf Vorschlag der Regierung und nach Maßgabe eines Gesetzes des Parlaments wird ein technischer Ausschuss mit Vertretern aller Inseln geschaffen, der die Aufteilung der im Artikel 39 dieses Statuts erwähnten Kompetenzen vornimmt und, soweit die autonome Gemeinschaft sie vom Staat durch Übertragung oder Delegation bekommen hat, die Kontrolle und die Koordinierung festlegt, die in jedem einzelnen Fall der Regierung der autonomen Gemeinschaft zusteht.

3. Der Technische Interinselausschuss besteht aus sechzehn Mitgliedern, von denen vier von der Regierung der Gemeinschaft und je vier von den Inselräten von Mallorca, Menorca und Eivissa und Formentera ernannt werden. Dieser Technische Interinselausschuss gibt sich eine eigene Geschäftsordnung, die durch die einfache Mehrheit seiner Mitglieder gebilligt wird.

4. Die Beschlüsse des Technischen Interinselausschusses werden als Vorschlag dem Parlament der Balearischen Inseln zugeleitet, das sie gegebenenfalls durch ein Gesetz billigt, das von seiner Veröffentlichung im *Amtlichen Gesetzblatt der Balearischen Inseln* an Gültigkeit haben wird.

SCHLUSSBESTIMMUNG

Dieses Statut tritt am selben Tag in Kraft, an dem das diesbezügliche, vom spanischen Parlament verabschiedete Gesetz im Amtlichen Gesetzblatt des Staates veröffentlicht wird.

Anhang I

**Estatut d'Autonomia
de les Illes Balears**

LLEI ORGÀNICA 2/1983, de 25 DE FEBRER, PER LA QUAL S'APROVA L'ESTATUT D'AUTONOMIA DE LES ILLES BALEARS*

PREÀMBUL

Les Illes Balears, tot exercint el dret a l'autonomia que reconeix la Constitució espanyola, manifesten la seva voluntat de constituir-se comunitat autònoma, que es regularà i s'ordenarà segons aquest Estatut.

En aquest moment històric en què Mallorca, Menorca, Eivissa i Formentera inicien el procés cap a la institucionalització de l'autogovern, reten homenatge a tots els seus fills que al llarg del temps han treballat per mantenir la identitat del nostre poble.

L'Estatut d'autonomia es fonamenta en el principi de cooperació entre els pobles que formen la comunitat insular, per vies de solidaritat, aproximació i respecte mutu, que fan possible una vida col·lectiva en harmonia i progrés.

El poble de les Illes Balears, a través del seu Estatut, proclama com a valors suprems del seu autogovern el sistema democràtic que s'inspira en la llibertat, la justícia, la igualtat i la defensa dels drets humans, així com la solidaritat entre tots els pobles d'Espanya.

Per fer realitat el dret d'autonomia de les Illes Balears en el marc de la Constitució, els parlamentaris i els consellers proposen a les Corts Generals, per a l'aprovació corresponent, l'Estatut d'autonomia següent:

TÍTOL I

DISPOSICIONS GENERALS

Article 1

1. Les Illes Balears, com a expressió de la seva identitat històrica i de la seva singularitat, en l'exercici del dret a l'autogovern que la Cons-

titució reconeix a les nacionalitats i les regions, es constitueixen comunitat autònoma dins el marc de la Constitució i d'aquest Estatut.

2. La denominació de la comunitat autònoma és Illes Balears.

Article 2

El territori de la comunitat autònoma de les Illes Balears és el format pel de les illes de Mallorca, Menorca, Eivissa, Formentera i Cabrera i pel de les altres illes menors adjacents.

Article 3

1. La llengua catalana, pròpia de les Illes Balears, tindrà, juntament amb la castellana, el caràcter d'idioma oficial.

2. Tots tenen el dret de conèixer-la i d'usar-la, i ningú no podrà ser discriminat per causa de l'idioma.

3. Les institucions de les Illes Balears garantiran l'ús normal i oficial dels dos idiomes, prendran les mesures necessàries per assegurar-ne el coneixement i crearan les condicions que permetin arribar a la igualtat plena de les dues llengües quant als drets dels ciutadans de les Illes Balears.

Article 4

1. La bandera de les Illes Balears, integrada per símbols distintius legitimats històricament, serà constituïda per quatre barres roges horitzontals sobre fons groc, amb un quarter situat a la part superior esquerra de fons morat i amb un castell blanc de cinc torres enmig.

2. Cada illa podrà tenir la seva bandera i els símbols distintius propis, per acord del consell insular respectiu.

* Va ser publicada en el BOE de dia 1 de març de 1983. Text redactat d'acord amb la Llei orgànica 3/1999, de 8 de gener, de reforma de la Llei orgànica 2/1983 d'Estatut d'autonomia de les Illes Balears (BOE del 9 de gener de 1999). Abans havia estat modificada per la Llei orgànica 9/1994, de 24 de març (BOE del 25 de març de 1994). Així mateix, s'ha de tenir en compte la Llei 27/1997, de 4 d'agost, de cessió de tributs a la CAIB (BOE del 5 d'agost de 1997).

Article 5

1. La comunitat autònoma articula la seva organització territorial en illes i en municipis. Les institucions de govern de les illes són els consells insulars i les dels municipis, els ajuntaments.

2. Aquesta organització serà regulada, en el marc de la legislació bàsica de l'Estat, per una llei del Parlament de les Illes Balears, d'acord amb aquest Estatut i amb els principis d'eficàcia, jerarquia, descentralització, desconcentració, delegació i coordinació entre els organismes administratius i d'autonomia en els seus àmbits respectius.

Article 6

1. Als efectes d'aquest Estatut, tenen la condició política de ciutadans de la comunitat autònoma els espanyols que, d'acord amb les lleis generals de l'Estat, tinguin veïnatge administratiu a qualsevol dels municipis de les Illes Balears.

2. Els estrangers que, tenint veïnatge a qualsevol dels municipis de les Illes Balears, adquireixin la nacionalitat espanyola, restaran subjectes al dret civil de les Illes Balears mentre mantinguin aquest veïnatge, llevat del cas que manifestin voluntat en sentit contrari.

Article 7

Les normes i les disposicions dels poders públics de la comunitat autònoma de les Illes Balears i el seu dret civil tendran eficàcia territorial, sense perjudici de les excepcions que es puguin establir en cada matèria i de les situacions que s'hagin de regir per l'estatut personal o per altres normes extraterritorials.

Article 8

1. Les comunitats balears establertes fora del territori de la comunitat autònoma podran sol·licitar, com a tals, el reconeixement de la seva personalitat d'origen, entesa com el dret a col·laborar en la vida social i cultural de les Illes i a compartir-la. Una llei del Parlament de les Illes Balears regularà, sense perjudici de les competències de l'Estat, l'abast i el contingut del reconeixement esmentat, que, en cap cas, no comportarà la concessió de drets polítics.

2. La comunitat autònoma podrà sol·licitar a l'Estat espanyol que, per facilitar la disposició anterior, signi, si n'és el cas, els tractats internacionals pertinents.

Article 9

Les institucions d'autogovern, per donar compliment a les finalitats que els són pròpies, promouran la llibertat, la justícia, la igualtat i el progrés socioeconòmic entre tots els ciutadans de les Illes Balears, com a principis de la Constitució, així com la participació d'aquests en la vida política, cultural, econòmica i social. Igualment, orientaran la funció de poder públic en el sentit de consolidar i desenvolupar les característiques comunes de nacionalitat dels pobles de Mallorca, Menorca, Eivissa i Formentera, així com les peculiaritats de cada illa com a vincle de solidaritat entre totes aquestes.

TÍTOL II

DE LES COMPETÈNCIES DE LA COMUNITAT AUTÒNOMA DE LES ILLES BALEARS

Article 10

La comunitat autònoma té la competència exclusiva en les matèries següents:

1. Organització, règim i funcionament de les seves institucions d'autogovern en el marc d'aquest Estatut.
2. Alteracions dels termes municipals i denominació oficial dels municipis i topònims.
3. Ordenació del territori, incloent-hi el litoral, urbanisme i habitatge.
4. Obres públiques dins el territori de la comunitat autònoma que no siguin d'interès general de l'Estat.
5. Ferrocarrils, carreteres i camins. El transport fet per aquests mitjans, per cable i per canoana. Ports, aeroports i heliports no qualificats d'interès general per l'Estat, i ports de refugi, ports, aeroports i heliports esportius.
6. Transport marítim, exclusivament entre ports o punts de la comunitat autònoma, sense connexió amb altres ports o punts d'altres àmbits territorials.

7. Centres de contractació i terminals de càrrega en matèria de transports.
8. Règim d'aigües i aprofitaments hidràulics, canals i regatges. Aigües minerals i termals. Ordenació i concessió de recursos i aprofitaments hidràulics.
9. Monts, aprofitaments forestals, vies pecuàries i pastures. Tractament especial de les zones de muntanya.
10. Agricultura i ramaderia, d'acord amb l'ordenació general de l'economia.
11. Turisme.
12. Esport i lleure.
13. Joventut i tercera edat.
14. Acció i benestar socials. Desenvolupament comunitari i integració. Sanitat i higiene.
15. Artesania.
16. Vigilància i protecció dels seus edificis i de les seves instal·lacions. Coordinació i totes les altres facultats en relació amb les policies locals, en els termes que estableixi una llei orgànica.
17. Fires i mercats interiors.
18. Foment del desenvolupament econòmic dins el territori de la comunitat autònoma, d'acord amb les bases i la coordinació general de l'activitat econòmica.
19. Pesca i activitats recreatives en aigües interiors, cria i recollida de marisc, aqüicultura i caça.
20. Arxius, biblioteques i museus que no siguin de titularitat estatal. Conservatoris de música, serveis de belles arts, hemeroteques i institucions semblants.
21. Patrimoni monumental, cultural, històric, artístic, arquitectònic, arqueològic, científic i paisatgístic d'interès per a la comunitat autònoma, sense perjudici del que disposa l'article 149.1.28a de la Constitució.
22. Cultura.
23. Conservació, modificació i desenvolupament del dret civil de la comunitat autònoma.
24. Ordenació de la hisenda de la comunitat autònoma, d'acord amb el que estableix aquest Estatut.
25. Casinos, jocs i apostes, amb exclusió de les apostes mútues esportives benèfiques.
26. Cooperatives, pòsits i mutualisme no integrat en el sistema de la Seguretat Social, respectant la legislació mercantil.
27. Espectacles i activitats recreatives.
28. Estadístiques d'interès per a la comunitat autònoma.
29. Fundacions que desenvolupin fonamentalment les seves funcions a la comunitat autònoma.
30. Indústria, sense perjudici del que determinin les normes de l'Estat per raons de seguretat, sanitàries o d'interès militar, i les normes relacionades amb les indústries que estiguin subjectes a la legislació de mines, hidrocarburs i energia nuclear. L'exercici de la competència es farà d'acord amb les bases i l'ordenació de l'activitat econòmica general i la política monetària de l'Estat, en els termes que disposen els articles 38, 131 i els números 11 i 13 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució.
31. Instal·lacions de producció, distribució i transport d'energia, quan el transport no surti de la comunitat i el seu aprofitament no afecti altra comunitat autònoma. Tot això sense perjudici del que estableixen els números 22 i 25 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució.
32. Procediment administratiu derivat de les especialitats de l'organització pròpia.
33. Publicitat, sense perjudici de les normes dictades per l'Estat per a sectors i mitjans específics, d'acord amb els números 1, 6 i 8 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució.
34. Servei meteorològic de la comunitat autònoma.
35. Institucions públiques de protecció i tutela de menors.
36. Establiments de borses de valors i establiment i regulació de centres de contractació de mercaderies de conformitat amb la legislació mercantil.
37. Caixes d'estalvi i institucions de crèdit cooperatiu públic i territorial, en el marc de l'ordenació general de l'activitat econòmica i

d'acord amb les disposicions que, dins les seves facultats, dicti l'Estat.

38. Comerç interior, sense perjudici de la política general de preus, de la lliure circulació de béns al territori de l'Estat i de la legislació sobre defensa de la competència.
39. Denominacions d'origen i altres indicacions de procedència relatives als productes de la comunitat autònoma, en col·laboració amb l'Estat.
40. Investigació científica i tècnica en col·laboració amb l'Estat.

En l'exercici d'aquestes competències, correspondran a la comunitat autònoma la potestat legislativa, la potestat reglamentària i la funció executiva

Article 11

En el marc de la legislació bàsica de l'Estat i, si pertoca, en els termes que aquesta estableixi, corresponen a la comunitat autònoma de les Illes Balears el desenvolupament legislatiu i l'execució de les matèries següents:

1. Règim de responsabilitat de l'Administració de la comunitat autònoma i de l'Administració local, d'acord amb el que es disposa a l'apartat 1.18a de l'article 149 de la Constitució.
2. Règim local.
3. Normes processals i de dret administratiu derivades de les peculiaritats del dret substantiu de les Illes Balears o de les especials de l'organització de la comunitat autònoma.
4. Estatut dels funcionaris de l'Administració de la comunitat autònoma i de l'Administració local, sense perjudici del que disposa el número 18 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució.
5. Coordinació hospitalària, incloent-hi la de la Seguretat Social.
6. Contractes i concessions administratives a l'àmbit substantiu de competències de la comunitat autònoma.
7. Protecció del medi ambient. Normes addicionals de protecció. Espais naturals protegits. Ecologia.

8. Ordenació i planificació de l'activitat econòmica de les Illes Balears, en l'exercici de les competències assumides en el marc d'aquest Estatut.
9. Defensa dels consumidors i dels usuaris, d'acord amb les bases i l'ordenació de l'activitat econòmica general i de la política monetària de l'Estat, i d'acord amb les bases i la coordinació general de la sanitat, en els termes del que es disposa als articles 38, 131 i als números 11, 13 i 16 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució.
10. Règim miner i energètic.
11. Premsa, ràdio, televisió i altres mitjans de comunicació social, en el marc de les normes bàsiques que l'Estat estableixi d'acord amb el número 27 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució.
12. Ordenació del sector pesquer.
13. Activitats classificades.
14. Ordenació farmacèutica, sense perjudici del que disposa l'article 149.1.16a de la Constitució.
15. Corporacions de dret públic, representatives d'interessos econòmics i professionals.
16. Sistemes de consultes populars a l'àmbit de les Illes Balears, de conformitat amb el que disposin la llei a què fa referència l'article 92.3 de la Constitució i les altres lleis de l'Estat, en els termes previstos a l'article 149.1.32a de la Constitució.

Article 12

Correspon a la comunitat autònoma de les Illes Balears, en els termes que estableixin les lleis i les normes reglamentàries que, en desenvolupament de la seva legislació, dicti l'Estat, la funció executiva en les matèries següents:

1. Execució, dins el seu territori, dels tractats i els convenis internacionals i dels actes normatius de les institucions supranacionals, en allò que afecti les matèries pròpies de la competència de la comunitat autònoma.
2. Expropiació forçosa.
3. Ordenació del transport de viatgers i mercaderies que tinguin l'origen i la destinació dins el territori de la comunitat autònoma,

sense perjudici de l'execució directa que se'n reservi l'Administració general de l'Estat.

4. Protecció civil.
5. Associacions.
6. Fires internacionals.
7. Gestió de les prestacions i dels serveis socials dins el sistema de la Seguretat Social: INSER-SO. La determinació de les prestacions del sistema, els requisits per establir la condició de beneficiari i el finançament es faran d'acord amb les normes establertes per l'Estat en l'exercici de les seves competències i de conformitat amb el que disposa el número 17 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució.
8. Gestió de l'assistència sanitària de la Seguretat Social, d'acord amb el que preveu el número 17 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució, reservant-se l'Estat l'alta inspecció, encaminada a donar compliment a la funció a què es refereix aquest precepte.
9. Gestió de museus, biblioteques i arxius de titularitat estatal que no es reservi l'Estat. Els termes de la gestió es fixaran mitjançant convenis.
10. Pesos i mesures. Contrast de metalls
11. Plans establerts per l'Estat per a la implantació o la reestructuració de sectors econòmics.
12. Productes farmacèutics.
13. Propietat industrial.
14. Propietat intel·lectual
15. Laboral. De conformitat amb el número 7 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució, correspon a l'Estat la competència sobre legislació laboral i l'alta inspecció. Queden reservades a l'Estat totes les competències en matèria de migracions interiors i exteriors, fons d'àmbit nacional i d'ocupació, sense perjudici del que estableixin les normes de l'Estat sobre aquestes matèries.
16. Salvament marítim.
17. Crèdit, banca i assegurances, d'acord amb els punts 6, 11 i 13 de l'apartat 1 de l'article 149 de la Constitució.
18. Sector públic estatal en l'àmbit territorial de la comunitat autònoma, la qual participarà en les activitats que corresponguin.

19. Ports i aeroports amb qualificació d'interès general, quan l'Estat no se'n reservi la gestió.

Article 13

1. La comunitat autònoma té competència exclusiva respecte de la protecció i el foment de la cultura autòctona, llegat històric de les Illes Balears.

2. En desenvolupament d'aquesta competència podrà crear els organismes adequats.

Article 14

La comunitat autònoma té competència exclusiva per a l'ensenyament de la llengua catalana, pròpia de les Illes Balears, d'acord amb la tradició literària autòctona. Normalitzar-la serà un objectiu dels poders públics de la comunitat autònoma. Les modalitats insulars del català seran objecte d'estudi i protecció, sense perjudici de la unitat de l'idioma.

Article 15

1. Correspon a la comunitat autònoma la competència de desenvolupament legislatiu i d'execució de l'ensenyament en tota la seva extensió, nivells i graus, modalitats i especialitats, d'acord amb el que es disposa a l'article 27 de la Constitució i a les lleis orgàniques que, d'acord amb l'apartat 1 de l'article 81 d'aquesta, el desenvolupin i sense perjudici de les facultats que atribueix a l'Estat el número 30 de l'apartat 1 de l'article 149 i de l'alta inspecció per a compliment i garantia d'aquest.

2. Per garantir una prestació homogènia i eficaç del servei públic de l'educació, que permeti corregir les desigualtats o els desequilibris que puguin produir-se, la comunitat autònoma facilitarà a l'Administració general de l'Estat la informació que aquesta sol·liciti sobre el funcionament del sistema educatiu en els aspectes qualitius i quantitatius i col·laborarà amb l'Administració general de l'Estat en les actuacions de seguiment i avaluació del sistema educatiu.

Article 16

La comunitat autònoma, amb l'acord previ del Parlament, adoptat per majoria absoluta, podrà

ampliar l'àmbit de les seves competències en les matèries que no estiguin atribuïdes en exclusiva a l'Estat o en aquelles altres de les quals només hi estiguin les bases o els principis. L'acord d'assumpció de les noves competències se sotmetrà a les Corts Generals perquè l'aprovin per llei orgànica.

Article 17

1. En matèria de prestació i gestió de serveis propis de la comunitat autònoma, aquesta podrà signar convenis amb altres comunitats autònomes. Aquests acords els haurà d'adoptar el Parlament, que els comunicarà a les Corts Generals, i entraran en vigor als trenta dies de la comunicació, llevat del cas que les Corts, dins el termini esmentat, estimin que es tracta d'un acord de cooperació, segons el que disposa l'apartat 2 de l'article 145 de la Constitució.

2. La comunitat autònoma, amb autorització prèvia de les Corts Generals, podrà també establir acords de cooperació amb altres comunitats autònomes.

3. La comunitat autònoma de les Illes Balears serà informada en l'elaboració dels tractats i els convenis internacionals i en les negociacions d'adhesió a aquests. Un cop rebuda la informació, la comunitat emetrà, si pertoca, el seu parer.

4. La comunitat autònoma de les Illes Balears podrà sol·licitar al Govern de l'Estat la formalització de tractats o convenis internacionals en matèries d'interès per a les Illes Balears i, en especial, els derivats de la seva condició d'insularitat o per al foment de la seva cultura.

TÍTOL III

DE LES INSTITUCIONS DE LA COMUNITAT AUTÒNOMA DE LES ILLES BALEARS

Article 18

1. L'organització institucional autonòmica és integrada pel Parlament, el Govern i el president de la comunitat autònoma.

2. Als consells insulars, els correspondran el govern i l'administració de les illes de Mallorca, Menorca i Eivissa-Formentera i de les illes adja-

cents. Aquests tres consells insulars es constituïran en els termes i amb les competències que resultin de la Constitució i d'aquest Estatut.

Capítol I DEL PARLAMENT

Article 19

1. El Parlament representa el poble de les Illes Balears, exerceix la potestat legislativa, aprova els pressuposts de la comunitat autònoma, controla l'acció de govern i exerceix totes les competències que li atribueixen aquest Estatut, les lleis de l'Estat i les del Parlament mateix.

2. El Parlament és inviolable i solament podrà ser dissolt en el supòsit previst a l'apartat 5 de l'article 31 d'aquest Estatut.

3. La seu del Parlament de les Illes Balears radica a la ciutat de Palma.

Article 20

1. El Parlament serà format pels diputats del territori autònom, elegits per sufragi universal, igual, directe i secret, mitjançant un sistema de representació proporcional que assegurarà una adequada representació de totes les zones del territori.

2. La durada del mandat dels diputats serà de quatre anys.

3. Una llei del Parlament, aprovada per majoria absoluta, regularà el total de diputats que l'han d'integrar, les circumscripcions electorals i el nombre de diputats que els ha de correspondre elegir a cadascuna, així com les causes d'inelegibilitat i d'incompatibilitat que els afectin.

4. El Parlament es constituirà en un termini màxim de trenta dies després que tenguin lloc les eleccions.

Article 21

Podran ser elegits diputats del Parlament els ciutadans espanyols residents a les Illes Balears i inscrits en el cens electoral d'aquestes, sempre que siguin majors d'edat i es trobin en exercici ple dels seus drets civils i polítics.

Article 22

Serán electors tots els ciutadans espanyols majors d'edat que figurin al cens electoral de les Illes Balears.

Article 23

1. Els diputats del Parlament de les Illes Balears no seran vinculats per cap mandat imperatiu i gaudiran, encara que sigui després d'haver-ne cessat en el mandat, d'inviolabilitat per les opinions manifestades i pels vots emesos en l'exercici del seu càrrec. Durant el mandat, no podran ser detinguts ni retenguts, llevat del cas de delictes flagrants; en qualsevol cas, correspondrà decidir-ne la inculpació, la presó, el processament i el judici al Tribunal Superior de Justícia de les Illes Balears. Fora de l'àmbit territorial de la comunitat autònoma, la responsabilitat penal els serà exigible en els mateixos termes davant la Sala Penal del Tribunal Suprem.

2. El vot dels diputats és personal i indelegable.

Article 24

1. El Parlament tindrà un president, una mesa i una diputació permanent.

2. El Parlament funcionarà en ple i en comissions. Les comissions permanents podran elaborar i aprovar lleis per expressa delegació del Ple, sense perjudici de la facultat d'aquest per reclamar-ne el debat i l'aprovació en qualsevol moment del procés legislatiu.

3. El Parlament podrà crear comissions especials d'investigació.

4. El Parlament es reunirà durant vuit mesos a l'any, en dos períodes de sessions compresos entre setembre i desembre, el primer, i entre febrer i juny, el segon.

El Parlament es reunirà en sessió extraordinària a petició del Govern o per acord de la Diputació Permanent o del Ple, a proposta d'una cinquena part dels diputats. La sessió extraordinària es clausurarà quan s'esgoti l'ordre del dia determinat per al qual s'havia convocat.

5. Els acords, sigui al Ple, sigui a les comissions, perquè siguin vàlids, hauran de ser adoptats en reu-

nions reglamentàries, amb l'assistència de la majoria dels components i per aprovació de la majoria dels presents, excepte en aquells casos en què la llei o el reglament n'exigeixi un quòrum més elevat.

6. Per a l'aprovació dels pressuposts, de les lleis que afectin els consells insulars, de la modificació de l'Estatut i en qualsevol altre supòsit en què la llei o el reglament ho precisin, serà necessari que la majoria suficient s'assoleixi, a més, pel vot favorable, computat de manera separada, dels parlamentaris que representin, si més no, dues illes diferents.

7. El Parlament establirà el propi reglament, en el qual, sense desvirtuar les normes anteriors, se'n regularà la composició, els períodes de sessions, el règim i el lloc de reunions, les formes d'elecció, la formació de grups parlamentaris i la intervenció d'aquests dins el procés legislatiu, les funcions de la Junta de Portaveus i altres qüestions necessàries o pertinents per al bon funcionament d'aquest.

L'aprovació i la reforma del Reglament requeriran la majoria absoluta dels components del Parlament.

Article 25

1. El Parlament elegirà una diputació permanent, a la qual seran representats tots els grups parlamentaris, en proporció a la importància numèrica respectiva. En serà el president aquell qui ho sigui del Parlament.

2. La Diputació Permanent tindrà com a funció vetlar pel poder del Parlament quan aquest no sigui reunit, hagi estat dissolt o n'hagi expirat el mandat. En aquests dos casos darrers, continuarà exercint les seves funcions fins que no es constituirà el nou Parlament, al qual retrà comptes de la gestió realitzada.

Article 26

1. La iniciativa per a l'exercici de la potestat legislativa pertoca als diputats i al Govern de les Illes.

2. Els consells insulars podran sol·licitar del Govern l'adopció d'un projecte de llei o trametre a la Mesa del Parlament una proposició de llei i delegar davant la cambra un màxim de tres representants encarregats de defensar-la.

3. La iniciativa popular s'exercirà en la forma i en les condicions que la llei establirà.

Article 27

1. El Parlament, mitjançant l'elaboració de lleis, exerceix la potestat legislativa. El Parlament podrà delegar en el Govern de la comunitat autònoma la potestat de dictar normes amb categoria de llei, en els mateixos termes i supòsits de delegació prevists als articles 82, 83 i 84 de la Constitució. No podran ser objecte de delegació l'aprovació de les lleis que necessiten, per ser aprovades, una majoria especial o que aquesta majoria s'assoleixi pel vot favorable, computat de manera separada, dels parlamentaris que representin, si més no, dues illes diferents.

2. Les lleis del Parlament seran promulgades en nom del rei pel president de la comunitat autònoma, el qual n'ordenarà la publicació al *Butlletí Oficial de les Illes Balears*, en el termini dels quinze dies següents a l'aprovació, així com també al *Boletín Oficial del Estado*. A efectes de vigència, regirà la data de publicació al *Butlletí Oficial de les Illes Balears*. La versió oficial castellana serà la que la Presidència de la comunitat autònoma trametrà.

Article 28

Correspon al Parlament:

1. Designar, en aplicació del criteri de representació proporcional, el senador o els senadors que han de representar les Illes Balears en el Senat, d'acord amb el que s'estableix a l'article 69.5 de la Constitució. Els designats cessaran en el càrrec en els casos prevists a l'ordenament jurídic i, en tot cas, en acabar la legislatura del Parlament de les Illes Balears en la qual foren designats, una vegada que prenguin possessió els nous senadors. En el supòsit de dissolució del Senat, el Parlament de les Illes Balears lliurarà les credencials de la designació dels mateixos senadors, que continuaran el seu mandat fins que acabi la legislatura del Parlament i siguin designats els nous senadors.
2. Elaborar proposicions de llei, presentar-les a la Mesa del Congrés dels Diputats i nomenar

un màxim de tres diputats encarregats de defensar-les, d'acord amb el que permet l'article 87.2 de la Constitució.

3. Sol·licitar del Govern l'adopció d'un projecte de llei.
4. Interposar el recurs d'inconstitucionalitat davant el Tribunal Constitucional, en els casos prevists a la legislació vigent.
5. Fixar les previsions d'ordre polític, social i econòmic que, d'acord amb el que disposa l'apartat 2 de l'article 131 de la Constitució, s'hagin d'adoptar per a l'elaboració dels projectes de planificació.
6. Aprovar i decidir transferències o delegacions de competències a favor dels consells insulars i d'altres ens locals de la comunitat autònoma.
7. Examinar i aprovar els comptes de la comunitat autònoma, sense perjudici del control que pugui correspondre a altres organismes de l'Estat o de la comunitat autònoma.

Article 29

El Parlament, mitjançant una llei, crearà la institució de la Sindicatura de Greuges per a la defensa de les llibertats i dels drets fonamentals dels ciutadans, així com per supervisar i investigar les activitats de l'Administració de les Illes Balears. El síndic serà elegit pel Parlament per la majoria favorable de les tres cinquenes parts dels diputats de la cambra. El síndic actuarà com a alt comissionat del Parlament i li retrà comptes de la seva activitat.

Capítol II DEL PRESIDENT

Article 30

1. El president de les Illes Balears serà elegit pel Parlament d'entre els seus membres i el rei el nomenarà.

2. El candidat proposat presentarà al Parlament el programa polític del govern que pretengui formar i, amb debat previ, en sol·licitarà la confiança.

3. Si el Parlament, pel vot de la majoria absoluta dels seus membres, atorga la confiança al candidat, serà nomenat president, d'acord amb el que es preveu a l'apartat 1 d'aquest mateix article.

Si no s'aconsegueix aquesta majoria, la mateixa proposta se sotmetrà a nova votació quaranta-vuit hores després de l'anterior i la confiança serà atorgada per majoria simple.

4. Si en aquestes votacions no s'atorga la confiança del Parlament, se'n tramitaran propostes successives en la forma prevista als apartats anteriors.

5. En el cas que hagin transcorregut seixanta dies a partir de la primera votació per a la investidura i cap candidat no hagi obtingut la confiança del Parlament, aquest restarà dissolt i es convocaran noves eleccions. El mandat del nou Parlament durarà, en qualsevol cas, fins a la data en què hauria de concloure el de l'anterior.

Article 31

1. El president de les Illes Balears nomena i separa els membres que han de formar el Govern, en dirigeix i coordina l'acció i exerceix la més alta representació de la comunitat autònoma, així com l'ordinària de l'Estat a les Illes Balears.

2. El president podrà delegar temporalment funcions executives i de coordinació en algun dels membres del Govern.

3. El president, havent-hi deliberat prèviament el Govern, podrà plantejar davant el Parlament la qüestió de confiança sobre el seu programa o sobre una declaració de política general. La confiança es considerarà atorgada quan hi voti a favor la majoria simple.

Si el Parlament li nega la confiança, el president presentarà la seva dimissió davant el Parlament, el president del qual convocarà, en el termini màxim de quinze dies, la sessió plenària per a l'elecció d'un nou president de la comunitat autònoma, d'acord amb el procediment que preveu aquest Estatut.

4. El president serà políticament responsable davant el Parlament, el qual podrà exigir la responsabilitat del Govern de les Illes Balears mitjançant l'adopció, per majoria absoluta, de la

moció de censura proposada, com a mínim, per un quinze per cent dels diputats i que haurà d'incloure un candidat a la presidència.

5. Si la moció de censura no s'aprova, els qui l'hagin firmada no en podran presentar cap altra durant el mateix període de sessions. Si s'aprova, el president i el seu Govern cessaran en les seves funcions i el candidat que s'hi haurà inclòs serà nomenat president pel rei.

6. La responsabilitat penal del president serà exigible en els mateixos termes que s'assenyalen per als diputats del Parlament de les Illes Balears.

7. Una llei del Parlament, aprovada per majoria absoluta, determinarà la forma d'elecció del president, el seu estatut personal i les altres atribucions que li són pròpies.

8. En cas d'absència o de malaltia del president, exercirà la representació de les Illes Balears el president del Parlament, sense perjudici que interinament presideixi el Govern un dels seus membres designat pel president.

9. El president no podrà exercir cap altre càrrec públic dins l'àmbit de les Illes Balears.

Capítol III

DEL GOVERN DE LES ILLES BALEARS

Article 32

1. El Govern de les Illes Balears és l'òrgan col·legiat amb funcions executives i administratives.

2. El Govern és format pel president, el vicepresident, si així pertoca, i els consellers.

3. Una llei del Parlament, aprovada per majoria absoluta, establirà l'organització del Govern, les atribucions i l'estatut personal de cada un dels seus components.

4. El Govern respon políticament de manera solidària davant el Parlament, sense perjudici de la responsabilitat directa de cadascun dels membres per la seva gestió.

5. La responsabilitat penal dels membres del Govern serà exigible en els mateixos termes que s'estableixin per als diputats del Parlament.

6. La seu del Govern serà la ciutat de Palma, però, amb convocatòria prèvia, podrà reunir-se

en qualsevol altre lloc del territori de la comunitat autònoma.

7. El Govern podrà establir organismes, serveis i dependències a qualsevol de les illes, d'acord amb el que estableix aquest Estatut.

8. El Govern cessa:

- a) Després de les eleccions al Parlament.
- b) Per dimissió, per incapacitat o per defunció del seu president.
- c) Per pèrdua de la confiança del Parlament o perquè aquest adopti una moció de censura.

El Govern cessant continuarà en funcions fins a la presa de possessió del nou Govern.

Article 33

El Govern té la potestat reglamentària i elabora els pressuposts de la comunitat autònoma. Se li podran atribuir altres facultats d'acord amb la llei.

Article 34

El Govern podrà interposar recurs d'inconstitucionalitat, suscitar conflictes de competència i comparèixer davant el Tribunal Constitucional en els supòsits i en els termes prevists a la Constitució i a la Llei orgànica del Tribunal Constitucional.

Article 35

Totes les normes, les disposicions i els actes emanats del Govern i de l'Administració de la comunitat autònoma que ho requereixin es publicaran al *Butlletí Oficial de les Illes Balears*. A tots els efectes, aquesta publicació serà suficient per a la validesa dels actes i per a l'entrada en vigor de les disposicions i les normes de la comunitat autònoma. La publicació al *Boletín Oficial del Estado* es farà d'acord amb la normativa dictada per l'Estat.

Capítol IV

DELS CONSELLS INSULARS

Article 36

El govern, l'administració i la representació de les illes de Mallorca, Menorca, Eivissa i Formentera i de les illes que hi són adjacents corresponen als

consells insulars, els quals gaudiran d'autonomia en la gestió dels seus interessos, d'acord amb la Constitució, aquest Estatut i el que establiran les lleis del Parlament.

Article 37

1. Cadascun dels consells insulars serà integrat pels diputats elegits per al Parlament a les illes de Mallorca, Menorca, Eivissa i Formentera.

2. Els càrrecs de president de les Illes Balears, de president del Parlament, de membre del Govern, de senador de la comunitat autònoma i de portaveu de grup parlamentari, exceptuant el del grup mixt, si n'és el cas, són incompatibles amb el de conseller insular.

La incompatibilitat subsistirà en el cas de cessament, per qualsevol causa, en l'exercici dels càrrecs incompatibles.

Al consell que els correspongui seran substituïts per aquells candidats que ocupin el lloc següent al del darrer elegit a les llistes electorals corresponents. Els consellers insulars substituïts no tendran la condició de diputat.

3. El membre d'un consell insular que resulti elegit per ocupar el càrrec vacant de president de les Illes Balears, de president del Parlament, de membre del Govern, de senador de la comunitat autònoma o de portaveu del grup parlamentari, cessarà en la condició de conseller insular i la vacant que deixi al propi consell serà coberta per aquell candidat qui ocupi el lloc següent al de l'últim designat com a tal a la llista electoral pròpia.

4. Els diputats podran renunciar a ser membres del consell insular respectiu sense perdre la condició de diputat. En aquest supòsit, la Junta Electoral de les Illes Balears expedirà la credencial corresponent al candidat que ocupi el lloc següent al de l'últim designat com a tal a la seva llista electoral.

Així mateix, els consellers insulars podran renunciar a la condició de diputat sense perdre la condició de consellers.

Les renúncies en un sentit o l'altre són irreversibles.

5. Les renúncies a què fa referència l'apartat anterior queden subjectes a la limitació que el conjunt de càrrecs incompatibles establerts a l'apartat 2 i el de les renúncies voluntàries no superin el cinquanta per cent dels electes de cada candidatura a cada circumscripció electoral. No queda afectat per la limitació el diputat elegit per la circumscripció de Formentera.

6. Al conseller insular que no detengui el càrrec de diputat, perquè n'ha substituït un dels incompatibles o un diputat dels que ha renunciat voluntàriament al càrrec de conseller, se li expedirà credencial de diputat del Parlament de les Illes Balears, en el supòsit que quedi vacant el càrrec per renúncia d'un dels de la seva llista electoral.

Article 38

En cas de convocatòria d'eleccions o de dissolució del Parlament, els diputats i els consellers dels consells insulars continuaran exercint els càrrecs que ocupin en els consells de què formin part fins que no s'hagi constituït el nou consell insular.

Article 39

Els consells insulars, a més de les competències que els corresponguin com a corporacions locals, tendran la facultat d'assumir dins el seu àmbit territorial la funció executiva i la gestió, en la mesura en què la comunitat autònoma assumirà competències sobre aquestes, d'acord amb aquest Estatut, en les matèries següents:

1. Demarcacions territorials, alteracions dels termes municipals i denominació oficial dels municipis.
2. Monts i aprofitaments forestals, vies pecuàries i pastures.
3. Agricultura i ramaderia, d'acord amb l'ordenació general de l'economia.
4. Pesca en aigües interiors, cria i recollida de marisc, aqüicultura i caça.
5. Recursos i aprofitaments hidràulics, canals i regatges, règim general d'aigües. Aigües minerals, termals i subterrànies.
6. Patrimoni arqueològic, històric, artístic i monumental, arxius i biblioteques, museus, conservatoris i belles arts.

7. Assistència social i serveis socials. Promoció social de la infantesa, la dona, la família, la tercera edat, els minusvàlids físics, psíquics i sensorials. Entitats benèfiques i assistencials.
8. Ordenació del territori, urbanisme i habitatge, medi ambient i ecologia.
9. Carreteres, camins, ports de refugi i aeroports esportius i, en general, tots els que no facin activitats comercials.
10. Transport de viatgers i de mercaderies al si del propi territori insular.
11. Obres públiques.
12. Foment i promoció del turisme. Ordenació del turisme dins el seu àmbit territorial.
13. Esport i lleure.
14. Estadístiques d'interès insular.
15. Vigilància i protecció dels seus edificis i de les seves instal·lacions.
16. Fires insulars. Denominacions d'origen.
17. Foment de la cultura.
18. Sanitat i higiene.
19. Ensenyament.
20. Coordinació de la protecció civil.
21. Artesania.
22. Cooperatives i cambres.
23. Planificació i desenvolupament econòmics dins el territori de cadascuna de les illes, d'acord amb les bases i l'ordenació general de l'economia de l'Estat i de la comunitat autònoma.
24. Contractes i concessions administratives respecte de les matèries la gestió de les quals els correspongui dins el seu territori.
25. Activitats classificades.
26. Coordinació hospitalària, la de la Seguretat Social inclosa.
27. Legislació laboral de l'Estat.
28. Espectacles i activitats recreatives.
29. Institucions públiques de protecció i tutela de menors.

I, en general, qualssevol altres que, dins l'àmbit territorial propi, corresponguin als interessos respectius, d'acord amb les transferències o delegacions que a tal fi s'estableixin.

Article 40

1. La coordinació de l'activitat dels consells insulars en tot allò que pugui afectar els interessos de la comunitat autònoma correspondrà al Govern, com a responsable de la política regional i com a òrgan superior de l'administració comunitària.

2. Quan les competències siguin transferides en virtut d'una llei del Parlament, s'establiran les formes de control i coordinació que es reservaran al Govern de la comunitat autònoma.

Capítol V

ÒRGANS DE CONSULTA I ASSESSORAMENT

Article 41

1. El Consell Consultiu de les Illes Balears és el superior òrgan de consulta de la comunitat autònoma de les Illes Balears.

2. El Consell Consultiu serà integrat per set juristes de prestigi reconegut, tres dels quals seran elegits pel Parlament mitjançant el vot favorable de les tres cinquenes parts dels diputats.

3. Una llei del Parlament en regularà l'organització i el funcionament.

Article 42

1. El Consell Econòmic i Social de les Illes Balears és l'òrgan col·legiat de participació, estudi, deliberació, assessorament i proposta en matèria econòmica i social.

2. Una llei del Parlament en regularà la composició, la designació dels seus membres, l'organització i les funcions.

Capítol VI

DE L'ADMINISTRACIÓ PÚBLICA DE LES ILLES BALEARS

Article 43

Corresponen a la comunitat autònoma de les Illes Balears la creació i l'estructuració d'una administració pública pròpia, dins el marc dels principis generals i de les normes bàsiques de la legislació de l'Estat i d'aquest Estatut.

Article 44

La comunitat autònoma de les Illes Balears exercirà les seves funcions administratives mitjançant els ens i els organismes que depenen del Govern de les Illes Balears, així com a través dels consells insulars i dels municipis.

Capítol VII

DEL CONTROL DELS PODERS DE LA COMUNITAT AUTÒNOMA

Article 45

1. Les lleis del Parlament de la comunitat autònoma són excloses del recurs contenciós administratiu i únicament subjectes al control de la constitucionalitat exercit pel Tribunal Constitucional.

2. Contra els actes, els acords i les normes reglamentàries emanats dels òrgans executius i administratius de la comunitat autònoma de les Illes Balears, es podrà interposar recurs davant la jurisdicció contenciosa administrativa.

Article 46

1. Sense perjudici de les competències que corresponguin al Tribunal de Comptes, la Sindicatura de Comptes és l'òrgan al qual correspon la fiscalització externa de l'activitat econòmica, financera i comptable del sector públic de les Illes Balears.

2. La Sindicatura de Comptes serà formada per tres síndics elegits pel Parlament per majoria de tres cinquenes parts dels diputats.

3. Una llei del Parlament en regularà el funcionament i l'organització.

Capítol VIII

DEL RÈGIM JURÍDIC DE LA COMUNITAT AUTÒNOMA

Article 47

Les competències establertes en aquest Estatut es consideren referides a l'àmbit territorial de les Illes Balears.

Article 48

En les matèries que siguin de la seva competència exclusiva, en correspon al Parlament de les Illes Balears la potestat legislativa, segons els termes previstos en aquest Estatut i a les lleis de l'Estat a què es refereix l'Estatut esmentat, i en correspon al Govern de la comunitat autònoma la funció executiva, tot incloent-hi la potestat reglamentària i la inspecció.

Article 49

1. Pel que fa a les competències previstes a l'article 11, en correspondran a la comunitat autònoma el desenvolupament legislatiu i l'execució en els termes que estableixi la legislació bàsica de l'Estat.

2. Quant a les competències relacionades a l'article 12, la potestat executiva de la comunitat autònoma podrà dur annexa la potestat reglamentària quan aquesta resulti d'habilitació o de delegació legislatives.

3. La potestat reglamentària correspon al Govern de les Illes Balears. Això no obstant, els consells insulars tendran potestat reglamentària organitzativa per regular el funcionament propi.

4. Els consells insulars tendran potestat reglamentària normativa només quan aquesta resulti d'habilitació per llei de l'Estat o del mateix Parlament.

5. Els consells insulars, a més de les competències que els corresponen d'acord amb el que es preveu en aquest Estatut, tendran les facultats de gestió i execució dins el propi territori de les decisions del Govern de les Illes Balears quan així pertoqui.

Article 50

1. En matèries de competència exclusiva de la comunitat autònoma, el dret propi de les Illes Balears és aplicable dins el seu territori preferentment a qualsevol altre, segons els termes previstos en aquest Estatut.

2. En la determinació de les fonts del dret civil de les Illes Balears es respectaran les normes que s'hi estableixen.

3. En tot allò que no estigui regulat pel dret propi de les Illes Balears, hi serà d'aplicació supletòria el dret de l'Estat.

TÍTOL IV DE L'ORGANITZACIÓ JUDICIAL

Article 51

El Tribunal Superior de Justícia de les Illes Balears és l'òrgan jurisdiccional en el qual culmina l'organització judicial de les Illes Balears dins el seu àmbit territorial corresponent i davant el qual s'exhauriran les instàncies processals successives, en els termes i en les condicions que resultin de la llei orgànica del poder judicial i d'altres disposicions complementàries.

Article 52

1. La competència dels òrgans jurisdiccional a les Illes Balears s'estén:

- a) En l'ordre civil, a totes les instàncies i a tots els graus, els recursos de cassació i revisió inclosos, en matèria de dret civil de les Illes Balears.
- b) En l'ordre contenciós administratiu, als recursos que s'interposin contra els actes i les disposicions de les administracions públiques, en els termes que estableixi la llei orgànica del poder judicial.
- c) En els ordres penal i social, a totes les instàncies i a tots els graus, a excepció dels recursos de cassació i de revisió.
- d) A les qüestions de competència entre òrgans jurisdiccional a les Illes Balears.
- e) Als recursos sobre qualificació de documents referents al dret privat de les Illes i que hagin de tenir accés al Registre de la Propietat.

2. En les matèries restants, es podrà interposar davant el Tribunal Suprem el recurs de cassació o el que correspongui, d'acord amb les lleis de l'Estat. El Tribunal Suprem també resoldrà els

conflictes de competències i de jurisdicció entre els tribunals de les Illes Balears i els de la resta d'Espanya.

Article 53

1. El president del Tribunal Superior de Justícia de les Illes Balears serà nomenat pel rei a proposta del Consell General del Poder Judicial. El president de la comunitat autònoma ordenarà la publicació d'aquest nomenament en el *Butlletí Oficial de les Illes Balears*.

2. El nomenament de magistrats, jutges, fiscals i secretaris que hagin de prestar serveis a les Illes Balears s'efectuarà en la forma prevista a la Llei orgànica del poder judicial a què fa referència l'article 122 de la Constitució.

Article 54

1. A instància de la comunitat autònoma de les Illes Balears, l'òrgan competent convocarà concursos i altres proves de selecció per cobrir les places vacants a les Illes Balears de magistrats, jutges, secretaris judicials i altre personal al servei de l'Administració de Justícia.

2. En la resolució dels concursos i les oposicions per proveir llocs de magistrats i jutges es valoraran com a mèrits preferents l'especialització en el dret civil de les Illes Balears i el coneixement del català.

3. L'organització i el funcionament del Ministeri Fiscal corresponen íntegrament a l'Estat, d'acord amb les lleis generals.

Article 55

Pel que fa a l'Administració de Justícia, a excepció de la militar, correspon a la comunitat autònoma de les Illes Balears:

1. Exercir totes les facultats que les lleis orgàniques del poder judicial i del Consell General del Poder Judicial reconeixin o atribueixin al Govern de l'Estat.
2. Participar en la fixació de les demarcacions territorials dels òrgans jurisdiccionals a les Illes Balears i en la localització de la seva capitalitat.

Article 56

1. La comunitat autònoma participarà en la fixació de les demarcacions judicials i en les corresponents a les notaries i als registres de la propietat i mercantils, radicats en el seu territori.

2. Els notaris, els registradors de la propietat i mercantils i els corredors de comerç seran nomenats per la comunitat autònoma de conformitat amb les lleis de l'Estat. Per a la provisió d'aquestes places seran mèrits preferents l'especialització en dret civil de les Illes Balears i el coneixement de la llengua catalana. En cap cas no es podrà establir l'excepció de naturalesa i veïnatge.

Article 57

Les ternes que el Parlament ha de presentar al Consell General del Poder Judicial per al nomenament de magistrats del Tribunal Superior de Justícia de les Illes Balears requeriran una majoria favorable de les tres cinquenes parts dels diputats.

TÍTOL V

DE LA HISENDA, EL PATRIMONI I L'ECONOMIA

Article 58

1. Per al desenvolupament i l'execució de les seves funcions, la comunitat autònoma de les Illes Balears, dins el marc dels principis de coordinació amb les hisendes de l'Estat i les locals, té autonomia financera, domini i patrimoni propis, d'acord amb la Constitució, les lleis orgàniques reguladores d'aquestes matèries i aquest Estatut.

2. L'autonomia financera haurà de permetre de dur a terme el principi de suficiència de recursos per poder exercir les competències pròpies de la comunitat autònoma.

3. La comunitat autònoma té l'obligació de vetllar pel seu propi equilibri territorial, especialment entre les diverses illes que la integren, a fi de fer possible la realització plena del principi de solidaritat.

4. La comunitat autònoma tindrà, a tots els efectes, el mateix tractament fiscal que la llei estableixi per a l'Estat.

5. Una llei de les Corts Generals regularà el reconeixement específic del fet diferencial de la insularitat com a garantia de la solidaritat i de l'equilibri interterritorial.

Article 59

1. El patrimoni de la comunitat autònoma és format per:

- a) El patrimoni de la comunitat en el moment d'aprovar-se l'Estatut.
- b) Els béns i els drets afectats als serveis traspassats a la comunitat autònoma.
- c) Els béns i els drets que la comunitat autònoma hagi adquirit o adquireixi per qualsevol títol jurídic vàlid.

2. L'administració, el control, la defensa, la conservació i la reivindicació d'aquest patrimoni seran regulats per llei del Parlament de les Illes Balears.

Article 60

Formaran la hisenda de la comunitat autònoma els recursos següents:

- a) Els ingressos provinents del seu patrimoni.
- b) Els ingressos derivats de les activitats de dret privat que pugui exercitar.
- c) El rendiment dels seus propis impostos, taxes i contribucions especials.
- d) Els tributs cedits totalment o parcialment per l'Estat.
- e) Els recàrrecs sobre els impostos estatals.
- f) Les participacions en els ingressos de l'Estat.
- g) El producte de les multes i de les sancions dins l'àmbit de l'exercici de les seves competències.
- h) Les assignacions que s'estableixin en els pressuposts generals de l'Estat.
- i) Les transferències provinents del Fons de Compensació Interterritorial i d'altres fons per al desenvolupament de les Illes Balears.

j) El producte de les operacions de crèdit.

k) Qualsevol altre tipus d'ingressos que puguin obtenir-se en virtut de les lleis.

Article 61

1. La comunitat autònoma podrà establir i exigir els seus propis tributs, d'acord amb la Constitució i les lleis, però aquests no podran recaure sobre fets imposables gravats per l'Estat.

2. L'establiment de tributs que faci l'Estat sobre fets imposables gravats per la comunitat autònoma i que suposin una minva dels ingressos d'aquesta obligarà a aparellar les necessàries mesures de compensació a favor seu.

3. La comunitat autònoma podrà establir i gestionar tributs sobre les matèries que la legislació de règim local reservi a les corporacions locals, en els supòsits en què la dita legislació ho prevegi i en els termes que aquesta determini. En tot cas, s'hauran d'establir a favor de les corporacions les mesures de compensació o de coordinació adequades, a fi que els ingressos d'aquestes corporacions locals no es vegin minvats ni tampoc reduïts en les possibilitats de creixença futura.

Article 62

1. La comunitat autònoma podrà establir taxes sobre la utilització del seu domini públic, sobre la prestació que faci d'un servei públic o sobre la realització d'una activitat que es refereixi en forma particular al subjecte passiu, l'afecti o el beneficiï.

2. Quan l'Estat o les corporacions locals transfereixin a la comunitat autònoma béns de domini públic, per a la utilització dels quals hi hagi establertes taxes o competències en l'execució o en el desenvolupament de les quals prestin serveis o efectuïn activitats igualment gravades amb taxes, aquelles i aquestes es consideraran com a tributs propis de la comunitat autònoma.

El rendiment previst per a cada taxa per la prestació de serveis o per la realització d'activitats no podrà superar el cost d'aquests serveis o activitats.

Article 63

La comunitat autònoma podrà establir contribucions especials quan el subjecte passiu obtengui un benefici o un augment del valor dels seus béns com a conseqüència de les obres públiques que aquesta realitzi o dels serveis públics que, a expenses seves, estableixi o amplii.

La recaptació per la contribució especial no podrà superar el cost de l'obra o de l'establiment o ampliació del servei suportat per la comunitat autònoma.

Article 64

La comunitat autònoma podrà establir recàrrecs sobre els impostos estatals cedits, així com sobre els impostos no cedits que gravin la renda o el patrimoni de les persones físiques amb domicili fiscal dins el seu territori, però això no podrà significar una minva en els ingressos de l'Estat per aquests impostos, ni desvirtuar-ne la naturalesa o l'estructura.

Article 65

La comunitat autònoma disposarà d'un percentatge de participació en el recaptament dels impostos estatals no cedits, que es negociarà d'acord amb les bases establertes a la Llei orgànica de finançament de les comunitats autònomes i amb el major cost mitjà dels serveis socials i administratius de la comunitat autònoma, derivat de la insularitat, l'especialització de la seva economia i les notables variacions estacionals de la seva activitat productiva.

Article 66

1. La comunitat autònoma podrà efectuar operacions de crèdit per un termini inferior a un any, a fi de cobrir les seves necessitats preemptòries de tresoreria.

2. També podrà concertar operacions de crèdit per un termini superior a un any, qualsevol que sigui la forma com es documentin, sempre que es compleixin els requisits següents:

- a) Que l'import total del crèdit es destini exclusivament a la realització de les despeses d'inversió.

- b) Que l'import total de les anualitats d'amortització per capital i interessos no excedeixi del 25% dels ingressos corrents de la comunitat autònoma.

3. El deute públic de la comunitat autònoma i els títols valors de caràcter equivalent que emeti restaran subjectes a les mateixes normes i gaudiran dels mateixos beneficis i les mateixes condicions que el deute públic de l'Estat.

4. El volum i les característiques de les emissions s'establiran d'acord amb l'ordenació general de la política creditícia i en coordinació amb l'Estat.

Article 67

1. Corresponen a la comunitat autònoma de les Illes Balears la gestió, la liquidació, el recaptament i la inspecció dels seus tributs propis, sense perjudici de la col·laboració que es pugui establir entre l'Administració tributària de l'Estat, especialment quan així ho exigeixi la naturalesa del tribut.

2. En el cas de tributs cedits, la comunitat autònoma assumirà per delegació de l'Estat la gestió, la liquidació, la recaptació, la inspecció i la revisió, quan pertoqui, d'aquests tributs, sense perjudici de la col·laboració que es pugui establir entre ambdues administracions, d'acord amb la llei que fixi l'abast i les condicions de la cessió.

3. Pel que fa a la gestió, la liquidació, el recaptament, la inspecció i la revisió, si pertoca, dels altres tributs de l'Estat recaptats a la comunitat autònoma, aquesta tindrà les facultats derivades de la delegació que pugui rebre d'aquell i, en tot cas, les de col·laboració que es puguin establir.

Article 68

Per al desenvolupament i l'execució de les seves funcions i competències, els consells insulars gaudiran d'autonomia financera, la qual haurà de respectar el principi de suficiència de recursos per garantir l'exercici adequat de les competències pròpies.

Article 69

Els recursos dels consells insulars estaran constituïts per:

1. Els recursos propis, establerts per als consells insulars per la legislació estatal com a ens d'Administració local.
2. Els que es determinen a les lleis de transferències, com a finançament provisional de les funcions i els serveis que es transfereixin.
3. Les subvencions i les transferències de capital establertes per llei del Parlament.
4. La participació en el finançament de la comunitat, en proporció a les competències autonòmiques que els consells gestionen com a finançament definitiu.
5. Les transferències procedents del Fons de Compensació Interinsular, d'acord amb la distribució que estableixi la llei del Parlament.
6. Qualsevol tipus d'ingressos que puguin obtenir-se en virtut de les lleis.

Article 70

Les resolucions dels òrgans economicoadministratius de la comunitat autònoma, igual com els de l'Estat, podran ser, en qualsevol cas, objecte del recurs economicoadministratiu, en els termes que estableix la normativa reguladora d'aquest procediment.

Article 71

Corresponen al Parlament de les Illes Balears:

- a) L'examen, l'aprovació i el control del pressupost de la comunitat autònoma, sense perjudici del control que en correspon al Tribunal de Comptes d'acord amb l'article 153 de la Constitució.
- b) L'establiment, la modificació i la supressió de les seves taxes, les contribucions especials i els impostos propis, així com la fixació dels elements determinants de la relació juridictributària i de la quantia del deute.
- c) L'establiment, la modificació i la supressió dels recàrrecs sobre impostos estatals.
- d) L'autorització per a l'emissió i la conversió de deute públic, sense perjudici

de l'autorització de l'Estat, quan això sigui procedent.

- e) El règim jurídic del seu patrimoni.

Article 72

Corresponen al Govern de la comunitat autònoma:

- a) La potestat reglamentària en les matèries fiscals de competència pròpia de la comunitat autònoma.
- b) La potestat reglamentària per a la gestió dels impostos estatals cedits.
- c) L'estadística amb fins exclusius de la comunitat autònoma.
- d) La tutela financera sobre els ens locals, sense perjudici de l'autonomia que la Constitució estableix i del que disposin les lleis de transferències als consells insulars.
- e) La tutela i el control financers de totes les institucions i els organismes sobre els quals tenguin reservada la comunitat autònoma, segons el que es preveu al títol segon d'aquest Estatut.

Article 73

Als efectes de concretar el que disposa l'article 60 i, de manera especial, la participació territorialitzada de les Illes Balears en els tributs generals que es determinin i les condicions per a l'aprovació dels recàrrecs sobre tributs del sistema fiscal general, en el marc del que disposa l'article 157.3 de la Constitució i en la legislació que el desenvolupi, l'Administració general de l'Estat i la comunitat autònoma de les Illes Balears subscriuran un acord bilateral que es formalitzarà en comissió mixta i que podrà ser revisat periòdicament de manera conjunta; haurà de tenir en compte l'esforç fiscal de les Illes Balears i atindrà singularment els criteris de corresponsabilitat fiscal i solidaritat interterritorial.

Article 74

1. Sense perjudici del que disposa l'article anterior, la participació anual de la comunitat au-

tònoma de les Illes Balears en els ingressos de l'Estat a què es refereix l'apartat f) de l'article 60 es negociarà atenent els criteris que fixi la legislació de desenvolupament de l'article 157 de la Constitució i qualssevol altres que permetin garantir, amb suficiència i solidaritat, l'exercici de les competències de la comunitat autònoma.

2. El percentatge de participació únicament podrà ser objecte de revisió en els següents supòsits:

- a) Quan s'ampliïn o es redueixin les competències assumides per la comunitat autònoma i que anteriorment exercia l'Estat.
- b) Quan es produeixi la cessió de nous tributs.
- c) Quan es duguin a terme reformes substancials en el sistema tributari de l'Estat.
- d) Quan, transcorreguts cinc anys des de la seva entrada en vigor, sigui sol·licitada l'esmentada revisió per l'Administració general de l'Estat o per la comunitat autònoma.

Article 75

1. El Parlament podrà acordar la creació d'institucions de crèdit pròpies com a instruments de col·laboració en la política econòmica de la comunitat autònoma.

2. Els poders públics de la comunitat autònoma queden facultats per a la creació d'un sector públic propi.

3. La comunitat autònoma participarà, així mateix, en la gestió del sector públic econòmic estatal en els casos i en les activitats en què sigui procedent.

4. La comunitat autònoma promourà eficaçment les diverses formes de participació en l'empresa i fomentarà, mitjançant una legislació adequada, les societats cooperatives. També establirà els mitjans que facilitin l'accés dels treballadors a la propietat dels mitjans de producció.

TÍTOL VI DE LA REFORMA DE L'ESTATUT

Article 76

1. La iniciativa de reforma correspondrà al Parlament, a proposta d'una cinquena part dels diputats, al Govern de la comunitat autònoma i a les Corts Generals.

2. La proposta de reforma requerirà, perquè prosperi, l'aprovació del Parlament per majoria absoluta i l'aprovació de les Corts Generals mitjançant una llei orgànica.

3. En tot allò que no es preveu en aquest article, hom s'atindrà al que disposa la Constitució sobre aquesta matèria.

4. En el supòsit de tramitació en el Congrés dels Diputats i en el Senat d'una proposta de reforma de l'Estatut d'autonomia de les Illes Balears, el Parlament podrà retirar-la.

DISPOSICIONS ADDICIONALS

Disposició Addicional Primera

Mitjançant la normativa corresponent de l'Estat i sota la tutela d'aquest, es crearà, i se'n regularan la composició i les funcions, el Patronat de l'Arxiu de la Corona d'Aragó, en el qual tindrà participació preeminent la comunitat autònoma de les Illes Balears, en igualtat amb la resta de comunitats autònomes afectades.

Disposició Addicional Segona

La comunitat autònoma de les Illes Balears, essent la llengua catalana també patrimoni d'altres comunitats autònomes, podrà sol·licitar al Govern de l'Estat i a les Corts Generals els convenis de cooperació i de col·laboració que es considerin oportuns per tal de salvaguardar el patrimoni lingüístic comú, així com mantenir la comunicació cultural entre les comunitats abans esmentades, sense perjudici dels deures de l'Estat establerts a l'apartat 2 de l'article 149 de la Constitució i del que disposa l'article 145 d'aquesta.

La institució oficial consultiva per a tot el que es refereix a la llengua catalana serà la Uni-

versitat de les Illes Balears. La comunitat autònoma de les Illes Balears, d'acord amb una llei de l'Estat, podrà participar en una institució adreçada a salvaguardar la unitat lingüística, institució que serà integrada per totes les comunitats que reconguin la cooficialitat de la llengua catalana.

Disposició Addicional Tercera

1. Se cedeixen a la comunitat autònoma els rendiments dels tributs següents:

- a) Impost sobre la renda de les persones físiques, amb les limitacions i les condicions que s'estableixin en la cessió.
- b) Impost sobre el patrimoni.
- c) Impost sobre transmissions patrimonials i actes jurídics documentats.
- d) Impost de successions i donacions.
- e) La imposició general sobre les vendes en fase minorista.
- f) Els impostos sobre consums específics en la seva fase minorista, llevat dels recaptats mitjançant monopolis fiscals.
- g) Els tributs sobre el joc.

L'eventual supressió o modificació d'alguns d'aquests tributs implicarà l'extinció o la modificació de la cessió.

2. El contingut d'aquesta disposició podrà modificar-se mitjançant acord del Govern amb la comunitat autònoma, que serà tramitat com a projecte de llei a les Corts Generals. Per a aquests efectes, la modificació d'aquesta disposició no s'entendrà com a modificació de l'Estatut.

Disposició Addicional Quarta

El Consell Insular d'Eivissa i Formentera podrà donar participació a l'Ajuntament de Formentera en la gestió de les competències que se li hagin atribuït per llei del Parlament. L'encomanda de gestió s'efectuarà per acord del Consell Insular, amb conformitat prèvia de l'Ajuntament de Formentera. L'acord d'encomanda de gestió concretarà les condicions econòmiques i els mitjans humans i materials que s'hi adscriuïn.

Disposició Addicional Cinquena

Les eleccions es duran a terme atenent-se al que disposin les Corts Generals, amb la finalitat exclusiva de coordinar el calendari de les diverses consultes electorals.

DISPOSICIONS TRANSITÒRIES

Disposició Transitòria Primera

1. Per al traspàs de funcions i de serveis inherents a les competències que corresponen a la comunitat autònoma de les Illes Balears segons aquest Estatut, es crearà una comissió mixta.

2. La comissió mixta serà integrada paritàriament per vocals designats pel Govern de la nació i pel de la comunitat autònoma. Aquesta comissió mixta establirà les pròpies normes de funcionament.

3. Els acords de la comissió mixta adoptaran la forma de proposta al Govern de l'Estat, el qual els aprovarà mitjançant decret.

Els acords figuraran com a annexos a aquest i hauran de ser publicats simultàniament al *Boletín Oficial del Estado* i al *Butlletí Oficial de les Illes Balears* i entraran en vigor a partir d'aquesta publicació.

4. A fi de preparar els traspassos i de verificar-los per blocs orgànics de naturalesa homogènia, la Comissió Mixta de Transferències serà assistida per comissions sectorials d'àmbit nacional, agrupades per matèries, la comesa fonamental de les quals serà determinar, amb la representació de l'Administració de l'Estat, els traspassos de mitjans personals, financers i materials que hagi de rebre la comunitat autònoma. Les comissions sectorials traslladaran les seves propostes d'acord a la Comissió Mixta, la qual les haurà de ratificar.

5. La certificació emesa per la Comissió Mixta dels acords governamentals degudament promulgats serà títol suficient per a la inscripció en el Registre de la Propietat del traspàs dels béns immobles de l'Estat a la comunitat autònoma de les Illes Balears. Aquesta certificació haurà de tenir en compte els requisits que exigeix la llei hipotecària.

6. El canvi de titularitat als contractes de lloguer de locals per a oficines públiques o per a

d'altres finalitats que hagin estat objecte de transferència no facultarà l'arrendador per extingir o per renovar els contractes.

Disposició Transitòria Segona

1. Els funcionaris i el personal laboral adscrits a serveis de titularitat estatal o a d'altres institucions públiques que siguin afectades per traspasos a la comunitat autònoma passaran a dependre d'aquesta i els seran respectats tots els drets de qualsevol ordre i natura que els corresponguin, tot incloent-hi el de poder participar als concursos de trasllat que l'Estat convoqui, en igualtat de condicions amb els altres membres del seu cos, per tal de poder exercir tothora el seu dret permanent d'opció.

2. La comunitat autònoma de les Illes Balears disposarà dels mitjans necessaris perquè tots els funcionaris i el personal laboral destinats a les illes puguin adquirir la coneixença de la llengua i de la cultura de les Illes Balears.

Disposició Transitòria Tercera

1. Fins que no s'hagi completat el traspàs dels serveis corresponents a les competències fixades a la comunitat autònoma en aquest Estatut o, en qualsevol cas, fins que no hagin transcorregut sis anys de l'entrada en vigor d'aquest, l'Estat garantirà el finançament dels serveis transferits a la comunitat autònoma amb una quantitat igual al cost efectiu del servei al territori de la comunitat en el moment de la transferència.

2. A fi de garantir el finançament dels serveis esmentats abans, es crearà una comissió mixta paritària, Estat-comunitat autònoma, que adoptarà un mètode adreçat a fixar el percentatge de participació previst a l'article 60 d'aquest Estatut. El mètode a seguir tindrà presents tant els costos directes com els indirectes dels serveis traspasats, i també, les despeses d'inversió que calguin.

3. La comissió mixta de l'apartat precedent fixarà el percentatge esmentat, mentre duri el període transitori, amb una antelació mínima d'un mes a la presentació dels pressuposts generals de l'Estat.

4. Tot partint del mètode fixat dins l'apartat 2, s'establirà un percentatge en el qual es considerarà el cost efectiu global dels serveis transferits per l'Estat a la comunitat autònoma, minorat pel total del recaptament que aquesta haurà obtingut amb els tributs cedits, en relació amb la suma dels ingressos que l'Estat haurà obtingut pels capítols 1 i 2 de l'últim pressupost precedent a la transferència dels serveis avaluats

Disposició Transitòria Quarta

1. Les lleis de l'Estat relatives a matèries transferides a la comunitat autònoma continuaran en vigència mentre el Parlament no aprovi una normativa pròpia. Correspondrà al Govern de la comunitat o, si n'és el cas, als consells insulars, l'aplicació d'aquestes.

2. Les disposicions reglamentàries de l'Estat continuaran vigents mentre el Govern de la comunitat autònoma no en dicti cap altra d'aplicació preferent.

3. Fins que l'Administració de les Illes Balears no assumeixi les competències que li corresponen d'acord amb aquest Estatut, tots els organismes de l'Estat o de l'Administració local continuaran exercint les funcions i les jurisdiccions anteriors.

4. Mentre no s'hagi constituït la Sindicatura de Comptes, el Govern de les Illes Balears, dins un termini de tres mesos a partir de la data de tancament dels pressuposts generals de la comunitat autònoma, haurà de presentar al Parlament de les Illes Balears, per a l'aprovació corresponent, un compte de liquidació del pressupost esmentat d'ingressos i de despeses.

Disposició Transitòria Cinquena

1. En promulgar-se l'Estatut, les institucions d'autogovern de les Illes Balears hauran de respectar les competències que els consells insulars hagin rebut de l'ens preautonòmic.

2. A proposta del Govern de la comunitat autònoma i d'acord amb una llei del Parlament, es nomenarà una comissió tècnica interinsular encarregada de distribuir les competències a què fa

referència l'article 39 d'aquest Estatut, així com de fixar el control i la coordinació que en cada cas correspongui al Govern de la comunitat autònoma, en la mesura en què siguin assumides per la comunitat autònoma per transferència o per delegació de l'Estat.

3. Integraran la Comissió Tècnica Interinsular setze vocals, designats: quatre, pel Govern de la comunitat, i quatre per cadascun dels consells insulars de Mallorca, Menorca i Eivissa i Formentera. Aquesta comissió tècnica interinsular es donarà el propi reglament de funcionament, que s'aprovarà per majoria simple dels seus components.

4. Els acords de la comissió tècnica interinsular prendran la forma de proposta al Parlament de les Illes Balears, el qual, si així pertoca, les aprovarà mitjançant una llei que tindrà vigència a partir de la publicació al *Butlletí Oficial de les Illes Balears*.

DISPOSICIÓ FINAL

Aquest Estatut entrarà en vigor el mateix dia en què es publicarà al *Boletín Oficial del Estado* la llei que hauran aprovat les Corts Generals.